

universitas

MARS 2008

LE MAGAZINE DE L'UNIVERSITÉ DE FRIBOURG, SUISSE | DAS MAGAZIN DER UNIVERSITÄT FREIBURG, SCHWEIZ



L'Europe bouge ? Viele Wege führen nach Rom

| L'euro : vers une monnaie
éthiquement plus responsable ?

| Im Osten viel Neues:
neue Grenzen, neue Märkte

| Quand le peuple n'a plus à
rien à dire sur sa constitution

A l'origine princesse phénicienne enlevée par Zeus, Europe a de tout temps attiré les convoitises. Bien plus qu'un concept géographique, le Vieux Continent, patchwork de cultures hétérogènes, s'est souvent défini selon le principe d'exclusion. Autrefois incarnée par l'Empire ottoman, l'anti-Europe se cristallise aujourd'hui dans le «Sud» qui menace, de par sa pauvreté, sa démographie et la révolte qui gronde en lui, le confort de la forteresse européenne. A l'Est, ses frontières, qui ne cessent de s'élargir vers l'Orient, font face à des pays dont la démocratie demeure en liberté conditionnelle, malgré les fabuleuses promesses économiques des nouveaux marchés.

Au milieu de cette Europe complexe : la Suisse. Notre petit pays, qui ne saura encore

longtemps pas sur quel pied danser avant d'oser franchir le pas de l'adhésion à l'UE et qui est pourtant déjà sous grande influence des décrets en provenance de Strasbourg ou de Luxembourg. Au milieu de notre petit pays : Fribourg et son Université.

Notre Alma mater se situe bel et bien au cœur de l'Europe : fière de cette situation, elle met en avant son multiculturalisme et son multilinguisme. Microcosme européen, elle se bat avec des atouts non négligeables : des professeurs, des chercheurs et des étudiants qui ne craignent pas de franchir les frontières, qu'elles soient intellectuelles ou géographiques.

Bonne lecture !

La rédaction

Sommaire - Inhalt

Im Fokus	> 4
Event	> 6
Dossier : L'Europe	
Europa als Erfindung der Nationen	> 8
Un continent depuis toujours difficile à définir	> 10
Wir und die Anderen	> 11
Quand la démocratie vacille aux frontières de l'UE	> 13
Osteuropa: neue Märkte, neue Tücken	> 15
Encore du chemin à faire pour l'euro	> 17
Von wegen eine Einheit!	> 20
Ne négligeons pas nos régions	> 22
Eine Insel im Ozean der Paragrafen	> 24
Donner sa place au droit privé européen	> 27
Un nouveau Traité sans passer par le peuple	> 28
Eine Verfassung zu welchem Preis?	> 31
Wie viel Integration braucht das Land?	> 33
Quand l'Europe soutient un expert en enzymes	> 35
Von Häusern, Mauern und bewegenden Reden	> 37
Uni actuel	> 41
Projets & rubriques	> 42

Drei Teilnehmer des Studiengangs Pressefotografie am MAZ – Die Schweizer Journalistenschule haben das Thema «Europa» in Zusammenarbeit mit der Studienleiterin Nicole Aeby für die vorliegende Ausgabe fotografisch umgesetzt. Urs Jaudas richtete seine Linse auf europäische Spuren im Institut für Europarecht, Matthias Wäckerlin suchte in den Strassen Freiburgs nach gelb-blauen Kompositionen und Vinicio Barreno hielt bewegte und bewegende Szenen fest, die die Mobilität auf diesem Kontinent dokumentieren.

In der obersten Liga mitspielen

Qualität in der Forschung hat ihren Preis, zahlt sich langfristig aber aus, sagt Fritz Müller, Professor für Entwicklungsbiologie und im Rektorat zuständig für das Ressort Forschung. Oberste Priorität der Freiburger Alma Mater: Die Beschaffung von mehr Mitteln, um die Klügsten der Klugen in die Saanestadt zu locken.

im fokus

Universitas: Das wichtigste Ziel des Schweizerischen Nationalfonds, in dessen Stiftungsrat Sie seit einigen Monaten tätig sind, ist eine wissenschaftliche Forschung von hoher Qualität. Welche Rahmenbedingungen sind zu gewährleisten, damit der Forschungsplatz Schweiz im internationalen Vergleich ganz vorne mithalten kann?

Prof. Fritz Müller: Unser Land gehört derzeit zu den besten Forschernationen der Welt. Dies ist die Folge einer nationalen Forschungspolitik, die bis weit ins letzte Jahrhundert zurückgeht und während Jahrzehnten konsequent die Forschung in der Schweiz gefördert und unterstützt hat. Die hohe Qualität ist nur aufrecht zu erhalten, wenn auch in Zukunft in die Forschung investiert und dafür gesorgt wird, dass exzellente Nachwuchsleute rekrutiert werden. Dies wiederum ist nur zu bewerkstelligen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen: Die Infrastruktur wie Apparate oder Bibliotheken, das wissenschaftliche Umfeld, ein finanzieller Spielraum und genügend Zeit für die Forschung, bzw. Entlastung von Lehre und administrativen Aufgaben. Das Salär ist hierbei in der Regel nicht das wichtigste Kriterium, denn Forschende sind zu einem grossen Teil Idealisten.

Lässt sich Qualität in der Forschung überhaupt messen?

Die Qualität der Forschung eines Individuums oder einer ganzen Institution zu evaluieren ist nicht unproblematisch. Als Indikatoren werden z.B. die Menge der eingeholten Drittmittel, die Anzahl und Qualität der Publikationen oder die Anzahl der Zitierungen in renommierten Wissenschaftszeitschriften verwendet. Diese Kriterien bestehen durch ihre Einfachheit, sind oft aber nur von beschränkter Aussagekraft, weil die Bedingungen und die Anforderungen in einzelnen Disziplinen sehr ver-

schieden sind. Es kann auch vorkommen, dass gute Forschung schlicht nicht erkannt wird. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die amerikanische Genetikerin Barbara McClintock verweisen, die transposable Elemente beim Mais untersucht hat. Während langer Zeit wurde ihre Arbeit als nicht relevant betrachtet, denn sie war ihrer Zeit weit voraus. Erst viel später erkannte man die Bedeutung ihrer Entdeckungen und verlieh ihr den Nobelpreis. Dieses Beispiel verdeutlicht: Die Evaluierung der Forschung mit den heute gängigen Messmethoden ist nicht unproblematisch.

Um die Messlatte bei der Qualität hoch setzen zu können, besteht ein gewaltiger Finanzbedarf. Die Universität Freiburg ist bei der Drittmittelbeschaffung im Aufwärtstrend, hinkt aber im Vergleich mit anderen Hochschulen hinterher.

Das Positive vorweg: Die Freiburger Forschenden verzeichnen mit ihren Gesuchen beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) eine durchschnittliche bis überdurchschnittliche Erfolgsrate. Im letzten Jahr bewegte sich die Annahmequote bei 75% und auch bei den europäischen Forschungsprogrammen ist die Erfolgsrate signifikant gestiegen. Die Mittel, die die Universität Freiburg vom SNF erhält, sind im Vergleich zu anderen schweizerischen Universitäten jedoch ungenügend, weil schlichtweg zu wenig Gesuche eingereicht werden. Eine Untersuchung zu den Ursachen ist im Gange.

Welche Schritte wird das Rektorat einleiten, damit die Forschung nicht zum Sorgenkind wird?

Die Forschung hat in Freiburg einen enorm hohen Stellenwert, wir sind eine forschungsorientierte Universität und wollen in der obersten Liga mitspielen. Das Rektorat entwickelt der-



«Es ist ungemein wichtig, die besten jungen Leute für die Forschung zu gewinnen», sagt Vizerektor Fritz Müller.

zeit strategische Instrumente, um Schwächen und Stärken im System auszumachen und die Rahmenbedingungen für die Forschung zu verbessern. Eine entscheidende Rolle bei der Qualität von Forschungsprojekten und damit auch bei der Beschaffung von Drittmitteln spielt die Beförderungspolitik. Bei der Rekrutierung von neuen Professorinnen und Professoren muss vermehrt Gewicht auf deren Forschungserfahrung gelegt werden. Es sollen nur die besten «Köpfe» engagiert werden. Dazu braucht es aber auch die nötigen finanziellen Mittel. Die kantonalen Beiträge an die Universität Freiburg sind äusserst knapp und liquide Mittel für grosse neue Projekte fehlen weitgehend. Die Hochschulen kämpfen diesbezüglich nicht mit gleich langen Spiessen; kann die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg einem neu engagierten Professor einen Installationskredit in der Höhe von 40'000 bis 80'000 Franken in Aussicht stellen, so sind es bei der ETH Zürich unter Umständen mehrere Millionen Franken. Angesichts dieser bescheidenen Mittel ist es umso erfreulicher zu sehen, welche bemerkenswerten Forschungsleistungen an allen Freiburger Fakultäten erbracht werden, und dass es immer wieder gelingt, hochkarätige Wissenschaftler als Forscher für unsere Universität zu gewinnen.

Das Rektorat hat unlängst die Schaffung eines Forschungspools angekündigt. Wer wird von diesem Instrument profitieren? Mit dieser universitätsinternen Einrichtung sollen Vorhaben unterstützt werden, die sonst nicht zu finanzieren sind. Der Forschungspool ist zu den etablierten Institutionen der wissen-

schaftlichen Forschung komplementär und wird insbesondere Pilot- und Anschubprojekte unterstützen, die später eine Chance auf andere Drittmittel haben. Auch bei der Nachwuchsförderung soll das Instrument zum Zug kommen.

Wie attraktiv ist heute eine wissenschaftliche Karriere überhaupt noch für junge Leute?

Es ist ungemein wichtig, die besten jungen Leute für die Forschung zu gewinnen. Denn sie werden die Forschung in den nächsten 20 Jahren vorantreiben und dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft im internationalen Wettkampf bestehen kann. Die Bedingungen für junge Forschende sind aber hart, denn sie müssen viele Jahre in eine ungewisse Karriere investieren. Während dieser Zeit sind ihre wirtschaftlichen Bedingungen bescheiden, gemessen am Standard ihrer gleichaltrigen Kollegen, die im Erwerbsleben stehen. Hier sollten Verbesserungen vorgenommen werden, um mehr Anreize zu schaffen.

Die Stimmen, welche Schwerpunktsetzungen und Profilbildungen an den Hochschulen fordern, werden immer lauter.

Solche Forderungen sind vor allem aus politischen Kreisen zu vernehmen. Besonders für die Naturwissenschaften werden grosse Zentren als Idealfall gepriesen. Ich bezweifle die generelle Richtigkeit dieses Ansatzes, denn hinter guter Forschung stehen oft kleine Forschergruppen. Das Gros der Nobelpreisträger zum Beispiel geht nicht aus grossen Forschungszentren hervor, wo Aufträge von oben herab verordnet werden. ■

Donner goût à l'avenir informatique

Découvrir la science du binaire, celle qui va au-delà des compétences simplement liées à l'utilisation de l'ordinateur, et mettre en avant les atouts des métiers liés à ce domaine : c'est tout l'enjeu d'«Informatica08» qui, à l'occasion de l'Année de l'informatique, veut susciter la relève.

event

Quelque 5'000 départs du marché du travail pour seulement 2'700 diplômés par an : la Suisse a grand besoin d'assurer la relève de ses informaticiens. Tout doit être mis en œuvre pour renforcer les compétences de notre pays dans le domaine des technologies de l'information et de la communication (TIC) et stimuler le potentiel de développement. L'informatique est en effet une condition *sine qua non* pour maintenir la place helvétique sur le devant de la scène économique mondiale.

Encourager les informaticiens de demain

Dans cette perspective, 2008 a été déclaré «Année de l'informatique», avec au programme, une panoplie de manifestations à travers toute la Suisse, et en particulier à Fribourg. But de l'opération «Informatica08» : attirer davantage de jeunes vers les métiers de l'informatique et assurer la relève au niveau des hautes écoles. Il s'agit notamment d'abolir les préjugés et démontrer les excellentes perspectives professionnelles auxquelles peuvent s'attendre les futur-e-s expert-e-s.

Roadshow : une exposition itinérante et interactive

Pour faire de l'informatique, jusqu'alors souvent négligée, un élément régulier de l'enseigne-

ment gymnasial, la Fondation Hasler, l'un des principaux sponsors de l'événement, a lancé le programme d'encouragement FIT – Fit in IT et mis sur pied une exposition nationale interactive répondant aux questions suivantes : qu'est-ce que réellement l'informatique ? quelles sont les capacités nécessaires pour entrer dans de telles professions ? dans quels domaines les informaticiens travaillent-ils ? etc. Ce Roadshow, destiné en premier lieu aux gymnasiens et gymnasiennes mais également ouvert au grand public, sera inauguré le 9 avril à l'Université de Fribourg. Dans les bâtiments de Pérolles 2, les visiteurs auront l'occasion d'obtenir de nombreuses informations, en participant notamment à des ateliers. Durant les Actiondays, ils auront la possibilité de rencontrer des étudiants en informatique, ainsi que des professionnels du domaine. L'exposition se déplacera ensuite au cours de l'année dans de nombreux gymnases de Suisse.

Mais la palette des activités et des manifestations proposées par «Informatica08» ne s'arrête pas là. Pour en savoir plus sur le programme, il suffit de cliquer sur :

www.informatica08.ch/fribourg

28 - 29 mars	Mini Action Days	Fribourg Centre
9 - 12 avril	Roadshow – Kickoff national	UNIFR
12 avril	Fribot	UNIFR
17 avril	Café informatique : «La jungle des systèmes d'exploitation»	FNAC
15 mai	Café informatique : «La jungle des architectures d'ordinateurs»	FNAC
7 - 10 juillet	CyberCamp'08	UNIFR
25 septembre	Café informatique : «Informatique dans le quotidien du futur»	FNAC
23 - 25 octobre	Journées de découverte des métiers TIC	EIA-FR
6 novembre	Café informatique : «L'informatique aux limites du possible»	FNAC
7 novembre	50 ans d'informatique	UNIFR



dossier

Europa: Ein Weg über Stock und Stein

Europa ist viel mehr als eine rein geografische Definition. Es sind eine gemeinsame Geschichte, Kultur, Politik, wirtschaftliche und rechtliche Aspekte, die dieses heterogene Gebilde unter dem Namen «Europa» vereinen. Das folgende Dossier eröffnet neue Aussichten und Einsichten in nicht nur topografisch spektakuläre Täler, Hügel und Wölbungen, hinter denen sich manchmal Inseln verbergen.

Ein Wettbewerb um Ehre und Ruhm

Wer «Europa» sagt, meint mehr als Geographie. Warum auch sollten eine Meerenge und ein Gebirge, die mitten durch Staaten verlaufen, Grenzen bedeuten, fragt Volker Reinhardt, Professor für Geschichte der Neuzeit.

von Volker Reinhardt

dossier

Appartenir à l'Europe

Bien plus qu'un concept de géographie, l'Europe est aujourd'hui considérée comme une entité. Pourtant, ce ne fut longtemps pas le cas : selon Volker Reinhardt, professeur d'histoire contemporaine, l'Europe est née de la concurrence entre les nations. Inventée par les humanistes européens, cette notion évoque l'origine, la langue et l'histoire communes d'un peuple par opposition et, très souvent, au détriment d'un autre groupe de population. Ainsi, pour les Italiens du 14^e siècle déjà, les Allemands et les Suisses n'étaient que de vulgaires barbares, tandis que, réciproquement, les habitants au Sud des Alpes étaient considérés comme des êtres perfides et sans morale. Pour participer au jeu de la concurrence et combattre pour l'honneur de la nation, il s'agissait néanmoins de partager un consensus minimal à propos des enjeux de la victoire ou de la défaite. C'est ainsi qu'aux alentours de 1500, le concept d'Europe voit le jour : l'Européen se définit alors en mettant essentiellement en avant son appartenance à la chrétienté. A la suite de la Réforme et des guerres interconfessionnelles, ce sont des idées comme l'humanisme, l'art de vivre, la science, le progrès qui font foi... par opposition au «despotisme oriental», symbolisé par l'Empire ottoman. Appartenir ou être exclu : la question se pose jusqu'à nos jours, dans un esprit souvent beaucoup moins pacifiste.

Volker Reinhardt ist Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit. Er veröffentlichte u.a. eine «Geschichte Italiens von der Spätantike bis zur Gegenwart» und eine «Geschichte der Schweiz». volker.reinhardt@unifr.ch

«Europa» findet im Politjargon der Gegenwart gemeinhin als pathetisch skandierter Schlachtruf Verwendung. Er soll Werte bezeichnen, die so allgemein und so unverbrüchlich zu sein haben, dass man sich ihrer Definition entheben glauben darf. Kommt man gar nicht umhin, eine Begriffsbestimmung zu liefern, dann folgt unweigerlich das Abendland. Dieser Wortgebrauch hat mit demjenigen älterer Zeiten eines gemeinsam: die Eingrenzung durch Ausgrenzung. Wer «Europa» sagte und sagt, schloss und schliesst eine Wir-Gruppe ein und nicht Dazugehörige aus. Europa ist von Anbeginn an eine exklusive Grösse. Der Unterschied gegenüber der Vergangenheit besteht vor allem darin, dass heute im öffentlichen Diskurs suggeriert wird, Europa sei eine Einheit.

So weit gehen die Autoren, die zwischen 1500 und 1800 über Europa nachdenken, schreiben und reden, nicht; noch weniger die Mächtigen, in deren Auftrag sie in der Regel tätig sind. Europa ist, von seiner Entstehung her betrachtet, das Nebenprodukt einer viel folgenreicheren historischen Entwicklung: der Erfindung der Nationen. Aus der Konkurrenz der Nationen entsteht Europa.

Konzept der Nationen

Die gedanklichen Konstrukteure der Nationen sind die europäischen Humanisten. Sie behaupten, durch gemeinsame Abstammung, Geschichte und Sprache bestimmte Grossgemeinschaften, eben die Nationen, entdeckt zu haben, deren Angehörige untereinander eine grössere Schnittmenge gemeinsamer Merkmale aufweisen als mit jedem Menschen ausserhalb dieser Eingrenzung. Zugleich schreiben sie «ihrer» Nation unveränderliche Eigenschaften zu, die diese einzigartig machen und über alle anderen hinausheben. An diesem

Adel hat man nicht, wie sonst, durch aristokratische Geburt Anteil, in diesen Adel wird man als Angehöriger der Nation von selbst hinein geboren; das war ein Konzept von Vornehmheit, das Standes- und Vermögensgrenzen überwölbte und speziell für nichtadelige, aber nach erhöhter öffentlicher Anerkennung strebende Gruppen attraktiv war. Zudem durfte man als stolzes Mitglied einer solchen Nation auf die anderen herabsehen; die qualitative Bestimmung der Nation kommt ohne die Herabsetzung der anderen nicht aus. Für die italienischen Humanisten, die schon im 14. Jahrhundert diese Entwicklung der Eingrenzung durch Ausgrenzung ins Rollen brachten, waren die Deutschen wie die Schweizer rauf- und saulustige Barbaren, roh, ungeschlachtet, ungebärdig, ja letztlich unveredelbar. Aber natürlich haben es die deutschen und eidgenössischen Humanisten ihren italienischen Kollegen heimgezahlt: mit dem nationalen Klischee des perfiden, heimtückischen, hinter dünnem Kulturglanz abgrundtief amoralischen Südländers.

Ein Spiel ohne Ende

Wo aber blieb bei dieser alles andere als zimperlich ausgetragenen Konkurrenz der Nationen Europa? Die Rivalität wird ausser durch die Schelte der Anderen und das Lob des Eigenen durch zweierlei bestimmt: Niemand durfte diesen Wettbewerb endgültig gewinnen, denn dann wäre das stets aufs neue reizvolle Spiel «Wer ist der Würdigste?» ja zu Ende. Und mitmachen durften auch nicht alle, sondern nur diejenigen, gegen die man ruhmvoll streiten konnte. So sehr man die anderen auch herabzusetzen bestrebt war, Sinn machte ihre Anschwärtzung nur, wenn sie Anspruch auf Ansehen und Reputation erheben konnten; anderenfalls liessen sie sich ja nicht da treffen, ▶



© Matthias Wäckerlin

wo man vor allem punkten wollte: bei der Ehre. Und genau hier kommt um 1500 erstmals Europa ins Spiel. Eine sinnvoll ausgetragene Konkurrenz setzt einen Minimalkonsens voraus: über Regeln, Austragungsmodalitäten und Kriterien für Sieg oder Niederlage.

Schwierige Abgrenzung

Das Europa am Beginn der Neuzeit bezeichnet – in der Sprache der Euro 2008 ausgedrückt – diejenigen, die sich für den Wettkampf der Nationen qualifiziert haben. Am Anfang wurde dafür meistens die Zugehörigkeit zum orbis christianus, zur Christenheit als universeller Grösse, angeführt. Als diese Glaubenseinheit durch die Reformationen spätestens um 1530 verloren gegangen war und der erbitterte Krieg der rivalisierenden Konfessionen begann, wurde diese Abgrenzung schon schwieriger. Teilhabe an der humanistischen Kultur, Adelswerte, zivilisierte Lebensart und, Standardargument ab dem 18. Jahrhundert, Aufklärung – also Vernunft, Wissenschaft und Fortschritt – wurden stattdessen als Merkmale der Zugehörigkeit oder des Ausschlusses bemüht; die dazu nötigen Gegenbilder lieferte meist der «orientalische Despotismus», den

man vorzugsweise im Osmanischen Reich verortete. Diese Argumentation mutet bis heute vertraut an.

Doch bieten die Europatexte der Frühen Neuzeit auch Überraschungen: Der in Venedig als Publizist tätige spanische Adelige Alonso de Ulloa (1530-1570) beschreibt in seiner Geschichte Europas, der zweitältesten dieser Gattung, die Türken als ebenbürtige, da gleichfalls von aristokratischer Kultur geprägte Rivalen. Vielleicht sollte sich Europa auf den Geist einer weltoffenen, produktiven und vor allem friedlichen Rivalität zurückbesinnen. ■

Europe, une héroïne venue d'Asie

Enlevée par Zeus, Europe, fille du roi de Tyr, reste une énigme, et on ne sait pas réellement pourquoi elle aurait transmis son nom au continent homonyme. Depuis l'Antiquité, les limites géographiques de ce dernier n'ont jamais pu être clairement définies.

par Marcel Piérart

dossier



Europe était la fille d'Agénor, ou de Phœnix, le roi de Tyr. Zeus s'en éprit alors qu'elle jouait sur la plage avec des camarades. Il vint à elle sous les apparences d'un taureau blanc. La jeune fille, séduite par la douceur de l'animal, accepta de le monter. Aussitôt, le dieu l'emmena à la nage jusqu'en Crète où il l'aima. Elle eut de lui trois fils : Minos, Rhadamanthe et Sarpédon. Le motif de l'enlèvement d'Europe connut un grand succès dans l'art antique et fut souvent repris par les peintres modernes. La Grèce l'a choisi pour illustrer ses pièces de deux euros. Pourtant, la relation existant entre le mythe et le nom de notre continent échappait déjà aux Anciens.

«Pour l'Europe», écrivait Hérodote (± 490-424 av. J.-C.), «on ne sait d'où lui vient son nom, ni qui le lui a donné, à moins d'admettre qu'elle ait pris celui de la Tyrienne Europe. [...] Cependant, on sait bien que cette femme, Europe, était une Asiatique, et qu'elle n'est jamais venue dans le pays que les Grecs appellent aujourd'hui Europe; elle passa seulement de Phénicie en Crète». Echo d'une époque où l'Orient civilisait l'Occident, le mythe racontait encore qu'Agénor envoya ses fils à la recherche de leur sœur. En vain. Ils ne rentrèrent pas au pays, mais fondèrent des villes en Thrace et en Grèce.

Un continent aux contours mal définis

L'Hymne homérique à Apollon (début du VI^e siècle av. J.-C. ?) n'appelle encore Europe que la Grèce continentale, par opposition au Péloponnèse et aux îles. Du temps d'Hérodote, le nom s'applique déjà à tout le sous-continent

européen, par opposition à l'Asie et à la Libye (l'Afrique), dont les Perses avaient reconnu les limites. Mais, vers le Nord, on ne savait pas très bien où placer la frontière : le Phasis (le fleuve Rion, en Géorgie, au pied du Caucase) ou le Tanais (le Don) ? Eratosthène (± 255-194 av. J.-C.), le fondateur de la géographie hellénistique qui calcula le premier la courbure de la sphère terrestre et fut l'auteur de cartes qui firent école, notait avec une pointe d'ironie la difficulté de fixer la limite entre l'Europe et le continent asiatique. Cependant, ces polémiques scientifiques n'entamaient guère les convictions populaires. Les Grecs, dont les bateaux sillonnaient la Méditerranée, l'Égée et le Pont-Euxin (la Mer Noire) en longeant les côtes, avaient le sentiment d'avoir affaire à deux masses continentales distinctes séparées par la mer. Nul n'aurait donc songé à dire que Byzance, la seconde capitale de l'Empire romain, avant de devenir celle de l'Empire ottoman, installée sur la rive occidentale du Bosphore, n'était pas en Europe. Vers le milieu du IV^e siècle, Pythéas de Marseille franchit les Colonnes d'Hercule (le détroit de Gibraltar) pour partir à la recherche de l'étain et de l'ambre. Il explora les côtes de Bretagne, d'Angleterre et de Germanie avant d'atteindre l'océan Arctique – Thulé pourrait être l'Islande ou la Norvège –, mais ses contemporains ne virent en lui qu'un affabulateur. Ce sont les armées romaines qui explorèrent vraiment le continent européen, mais sans en atteindre jamais les limites.

Pline l'Ancien, au I^{er} siècle de notre ère, pouvait écrire que l'Europe était «la terre nourricière du peuple vainqueur de tous les peuples de la terre et de loin le plus beau des continents», mais il savait bien que l'Empire avait la Méditerranée comme centre de gravité, et qu'au-delà du Rhin et du Danube, de larges portions du continent européen demeuraient aux mains des barbares. ■

Marcel Piérart est professeur ordinaire et président du Département des sciences de l'Antiquité.
marcel.pierart@unifr.ch

Unvermeidliche Spiegelbilder: Europa und die «Anderen»

Der aktuelle Europabegriff ist das Erzeugnis einer gesellschaftlichen Konstruktion, die aus dem permanenten kontrastiven Vergleich mit einem Anti-Europa hervorgeht. Dabei stellt sich die Idee Europas als eine kulturelle, politische, soziale und ökonomische Gemeinschaft bei näherer Betrachtung als eine ziemlich junge Vorstellung heraus.

dossier

von Christian Giordano

Visions bipolaires

Pour se construire, l'Europe a toujours eu besoin d'une anti-Europe, tour à tour symbolisée par la culture arabomusulmane, une Asie agressive ou l'Afrique barbare. Au siècle des Lumières, on voulait savoir pourquoi les peuples européens avaient réussi à accéder à un tel niveau de civilisation en comparaison avec toutes les autres cultures. Ce complexe de supériorité a légitimé dès le 19^e siècle les aspirations hégémoniales des empires coloniaux... et ceci jusqu'à la fin de la 1^{ère} Guerre mondiale. Les Européens sous-estiment alors complètement les changements vécus aux Etats-Unis ainsi que le rapide développement socio-économique du Japon : ils ne comprennent pas que la fin du règne est imminente. Après les deux Guerres mondiales, l'Europe apparaît beaucoup moins triomphante et sur la défensive. Elle se caractérise depuis comme une entité à la fragilité chronique qui, une fois de plus, se sent menacée par l'anti-Europe, aujourd'hui représentée par le «Sud», et son développement démographique, ses mouvements politico-religieux et son terrorisme.

Christian Giordano ist ordentlicher Professor für Sozialanthropologie und Ehrendoktor der Universität Timisoara. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die politische und ökonomische Anthropologie, Ethnizität, Nationalismus, Staatsbürgerschaft, ländliche Umstrukturierung in Südost- und Mitteleuropa, die politische Kultur im Mittelmeerraum und die Probleme der multikulturellen Koexistenz in Südostasien.
christian.giordano@unifr.ch

Trotz der verwirrenden Meinungsvielfalt bei Definitionsversuchen von Europa lässt sich ein gemeinsames Merkmal herausarbeiten, das wie eine idée fixe speziell nach der Entdeckung und Eroberung der überseeischen Gebiete durch die Kolonialmächte immer wieder zutage tritt: Wann immer Europa als eine vorgestellte Gemeinschaft konzipiert wird, existiert auch der Vergleich und die spiegelbildliche Gegenüberstellung zwischen dem, was als Europa betrachtet wird, und seinem Gegenteil, das heisst einem Anti-Europa. Als Gegenpol zu Europa nimmt das je nach spezifisch historischer Situation konstruierte Anti-Europa jeweils die kontrastierenden Züge der fremdartigen arabisch-muslimischen Kultur, des aggressiven Asiens, des unzivilisierten Afrikas, des gefährlichen Orients etc. an. Im Sinne dieser Entdeckung des Selbst durch den entgegengesetzten Anderen schrieb der Spanier Balthazar Gracián den berühmten Satz, Europa sei der bewundernswerte Teil der Welt. Im Grand Dictionnaire historique de Louis de Moreri sowie bei Carl von Linné findet man ähnliche Behauptungen, in denen die Eigenschaften der Europäer im Vergleich zu denen der Bewohner und Bewohnerinnen anderer Kontinente hoch gepriesen werden.

Zivilisation versus Barbarei

Diese bipolare Repräsentation von Europa und Anti-Europa lässt sich auch während des 18. Jahrhunderts im Zeitalter der Philosophen beobachten. Die grossen Denker der Aufklärung, die über die europäische Spezifität reflektierten, stellten sich stets die Frage, weshalb es eigentlich den europäischen Völkern gelungen sei, ein so hohes Zivilisationsstadium zu erreichen, während die anderen Gesellschaften im Zustand der Wildheit, beziehungsweise der Barbarei ste-

cken geblieben seien. Die Texte dieser Epoche, die sich mit der Definition Europas beziehungsweise der Europäer befassen, enthalten – selbst wenn die Gaben und Eigenschaften des Alten Kontinents nicht verherrlicht werden oder gar eine Zivilisationskritik formuliert wird – explizit oder implizit die Gegenüberstellung und die Hierarchisierung zwischen uns und ihnen, das heisst zwischen Europa und Anti-Europa.

Im 19. Jahrhundert wird der Europabegriff im Rahmen dieser Dichotomie immer häufiger zur Legitimation hegemonialer Ansprüche der Kolonialmächte verwendet. Das ganze Jahrhundert hindurch bestanden die Europäer hartnäckig auf einer demonstrativen Inszenierung ihrer Überlegenheit im politischen, wirtschaftlichen und technischen Bereich. Europa erschien als Synonym für Zivilisation und Fortschritt schlechthin. Aus europäischer Sicht galt der Alte Kontinent als der Mittelpunkt der Welt, als der einzige Ort, von dem ein zivilisatorischer Impuls ausgehen konnte, welcher in der Lage wäre – wie Leopold II., König der Belgier, in einer berühmten Rede im Jahr 1876 ausdrücklich sagte – «die Dunkelheit, die ganze Bevölkerungen einhüllt, zu zerreißen». Diese Phase, die grosso modo bis zum Ende des Ersten Weltkriegs andauerte, zeichnet sich durch einen überheblichen Optimismus aus, der sich, wie Carl Schmitt zu Recht betont hat, als eine kolossale Selbsttäuschung erweisen sollte. Wie der deutsche Politikwissenschaftler zeigt, haben die europäischen Eliten während dieser Zeit die tiefen Wandlungen und Umbrüche, die sich damals jenseits des Alten Kontinents abspielten – wie etwa die Great Transformation in den Vereinigten Staaten und die rasante sozioökonomische Öffnung Japans – in erstaunlicher Weise unterschätzt oder gar völlig vernachlässigt. Die Europäer waren ▶



© Matthias Wäckerlin

damals unfähig, wie bereits Arnold Toynbee bemerkte, das Schwinden der eigenen jahrhundertlangen Vorherrschaft wahrzunehmen.

Vorsichtiger Begriffswandel

Infolge der verheerenden Konsequenzen der zwei Weltkriege sowie des nationalistischen und totalitären Wahns der Zwischenkriegszeit nimmt der Europabegriff nach 1945 weit weniger triumphierende Töne an, die zugleich einen defensiven Charakter besitzen. Nun entsteht die Vorstellung Europas als eine zwar kulturell bunte, aber dennoch einheitliche Schicksalsgemeinschaft, die sich durch eine chronische Fragilität im ökonomischen, vor allem aber im politischen und militärischen Bereich auszeichnet. Die Nähe der Sowjetunion, die nicht ganz selten als despotisches Herrschaftssystem asiatischer Provenienz präsentiert wurde, verstärkte diese Idee im westlichen Teil Europas zweifelsohne deutlich. Bis zum Fall der Berliner Mauer hat das immer wiederkehrende Leitmotiv des Anti-Europa eine ausgeprägte politisch-ideologische Konnotation.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird Europa weiterhin – auch nach der Auflösung der Ost-West-Konfrontation und trotz der Bildung eines Kerns von gemeinsamen wirtschaftlichen, politischen und legalen Institutionen – als eine höchst zerbrechliche Entität empfunden, die sich einmal mehr von einem externen Anti-Europa bedroht fühlt. Manch kritische Beobachter der gegenwärtigen Abgrenzungstendenzen im alten Kontinent haben in diesem Zusammenhang das zwar etwas übertriebene, jedoch nicht ganz abwegige Szenario der Festung Europa skizziert. Als aktuelles Anti-Europa erscheint in erster Linie der fast grenzenlose Süden der Welt, der mit seinen demographischen Trends, politisch-religiösen Bewegungen und sich rasant ausbreitenden Fundamentalismen und Terrorismen nach Europa zu drängen scheint. ■

Défendre des frontières démocratiques

Longtemps Europe des 12, l'Union compte désormais 27 Etats membres, et la question de l'élargissement est toujours d'actualité. Mais définir les frontières à venir n'est pas tâche évidente : certains pays de l'Est, malgré des efforts de démocratisation, ont une tendance fâcheuse à vaciller vers des structures autoritaires, non compatibles avec les principes que défend l'UE.

dossier

par Nicolas Hayoz

Wider demokratische Grenzen

Die Jahre 2004/2005 schienen mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten ein Sieg im Feldzug Richtung Demokratie zu sein. Die Bilanz dieser demokratischen Bemühungen ist jedoch durchzogen; so hat der revolutionäre Elan in der Ukraine oder in Georgien nicht zu tief greifenden politischen und wirtschaftlichen Reformen geführt. Auch konnten die entsprechenden Regierungen der Korruption, die für das Klima des Misstrauens gegenüber den Entscheidungsträgern in Mittel- und Osteuropa verantwortlich ist, nicht Herr werden.

Die EU ist mittlerweile auf 27 Mitgliedstaaten angewachsen, womit die Erweiterung noch längst nicht abgeschlossen sein dürfte. Problematisch bei diesen Grenzverschiebung ist der Umstand, dass gewisse Länder im Osten trotz demokratischen Bemühungen sich immer stärker in autoritären Strukturen verfangen, die mit den von der EU hochgehaltenen Prinzipien nicht kompatibel sind, stellt Prof. Nicolas Hayoz, Direktor des interkulturellen Instituts für Mittel- und Osteuropa, fest.

Rétrospectivement, les années 2004 et 2005 semblent marquer une victoire considérable pour la démocratie en Europe. L'UE célébrait alors l'élargissement à l'Est en intégrant dix nouveaux Etats, dont huit pays anciennement communistes et ayant réussi le pari du passage rapide à la démocratie. Mais 2004 renvoie aussi à un autre phénomène, celui de la percée d'une nouvelle vague de transformations dans le voisinage de l'UE, précisément dans des pays qui semblaient encore, quelques années plus tôt, être prisonniers de régimes semi-autoritaires bien établis. Les manifestations dans les rues de Kiev et de Tbilisi, aboutissant à des changements de régime en Ukraine et en Georgie, ont démontré que la transformation démocratique dans de tels régimes «bloqués» n'était pas impossible. Ces réformes ont été prolongées par une évolution démocratique amorcée en Croatie et en Serbie. Tout se passait comme si l'élargissement de l'UE allait déployer ses effets jusque dans son voisinage à l'Est, où l'eupéanisation signifiait, pour les élites concernées, rejoindre l'Europe dès que possible.

Aujourd'hui, le bilan de ces «percées» démocratiques reste pour le moins mitigé. En Ukraine et en Géorgie, l'élan révolutionnaire n'a pas conduit à des réformes politiques et économiques efficaces et soutenues. Malgré de récentes élections, les promesses de renouveau démocratique semblent compromises. Et les gouvernements ne paraissent pas être en mesure de combattre un des fléaux principaux en Europe orientale et centrale : la corruption, laquelle ne cesse d'alimenter le climat de méfiance généralisée des populations concernées envers leurs gouvernements.

Grangène de la corruption

Cette ambiguïté est aussi présente dans les nouveaux Etats membres de l'UE que sont la

Roumanie et la Bulgarie, lesquelles rencontrent de sérieux problèmes au niveau de la corruption. Si l'UE avait appliqué les mêmes critères sévères imposés quelques années plus tôt à d'autres pays post-communistes de l'Europe centrale, ces deux Etats ne seraient pas parvenus à rejoindre l'UE en 2007. Et l'UE ne dispose désormais plus de moyens de pression pour les encourager à entreprendre des réformes ou à combattre la corruption. Ceci vaut aussi pour tous les nouveaux Etats membres. De tels cas renforcent les préjugés existant au sein de certains pays membres de l'UE qui condamnent l'élargissement et freinent certainement l'élan du processus («enlargement fatigue»). Ceci est encore plus vrai maintenant que l'UE est confrontée à des candidatures autrement plus complexes, notamment à celle de la Turquie et, surtout, celles des Etats des Balkans occidentaux. Aux divisions internes de ces pays, par rapport aux conditions posées par l'UE, correspondent des divisions au sein de l'UE qui portent sur les limites de l'élargissement, le débat rejoignant alors celui concernant les frontières de l'Europe. Il est vrai que l'enthousiasme quant à la nouvelle Europe élargie a cédé le pas à une sorte de désenchantement. Ces dernières années, les élections ont, dans plusieurs pays de l'Europe orientale et centrale, porté au pouvoir des gouvernements plutôt faibles, populistes en bonne partie et peu enclins à poursuivre la voie de la libéralisation politique et économique. L'UE n'a pas de prise directe sur le débat politique intérieur de ces pays, mais insiste sur la nécessité de poursuivre les réformes politiques et économiques et de réduire la taille de l'Etat, afin de bloquer l'émergence de la corruption. La Pologne semble désormais vouloir aller dans ce sens. En remettant la réforme de l'économie et celle de l'Etat à l'agenda, le nouveau gouvernement lance un pari contre les obses-

Nicolas Hayoz est professeur associé au Département des sciences de la société et directeur de l'Institut interfacultaire de l'Europe orientale et centrale.
nicolas.hayoz@unifr.ch



sions des populistes exploitant les désillusions de la population par rapport au politique. Elle fait également un pari avec tous ceux qui, à la recherche d'un travail dans une nation plus avancée de l'UE, ont fui le pays. Telle est la stratégie «d'exit» de millions d'émigrants, que seuls un Etat moderne et une économie prospère sauront inciter à rentrer au pays.

Contre la contamination démocratique

Si les dix nouveaux pays membres occupent toujours, malgré tout, les premiers rangs au niveau de la démocratisation (voir à ce sujet la classification dans «Transition report de Freedomhouse» – www.freedomhouse.org), ce n'est certainement pas le cas de la plupart des pays de l'ex-URSS. A sa frontière orientale, l'UE trouve non seulement des pays moins avancés au niveau de la consolidation démocratique (les Balkans), mais elle est encore confrontée, notamment dans le cas de la Russie, à un processus négatif particulier : le déclin continu de la démocratie. La Russie, et avec elle des pays comme la Biélorussie ou les républiques de l'Asie centrale, ont consolidé leur pouvoir de manière autoritaire. Tout se passe comme si, en 2004, le déplacement à l'Est de la frontière entre zones démocratisées et zones plutôt autoritaires – accentué par les révolutions oranges et roses – symbolisait aussi le début d'une stratégie d'immunisation de la Russie et de ses voisins autoritaires contre la «contamination démocratique». L'étendue du contrôle étatique des médias, de l'économie, du politique ou encore de la société civile, montre à quel point le régime «populiste» de Poutine est hanté par son aversion pour le pluralisme, l'opposition, la liberté et les valeurs associées à la déstabilisation avec l'étranger. Le type de société et d'Etat centralisé qui se «reconstruit» là est aux antipodes de la

conception du pouvoir étatique en Europe. Tandis qu'ici, l'Etat est de plus en plus considéré comme une structure de gouvernance souple opérant à plusieurs niveaux, la Russie reste prisonnière d'une conception surannée du pouvoir, laquelle n'est pas à même de régler ses rapports avec la société autrement qu'en termes hiérarchiques. Ainsi, elle ne cesse de reproduire une corruption à grande échelle qui ne pourra pas être maîtrisée sans la réinvention d'un Etat de droit démocratique, même modeste.

Insister sur les valeurs démocratiques

Cette Russie réalise actuellement sa propre «expansion» avec ses sphères d'influence qui obéissent à une logique géopolitique dans laquelle le mot d'ordre n'est pas la démocratisation de son voisinage, mais la simple défense d'intérêts de grande puissance. Dans cette «entreprise», elle se trouve face à une UE plutôt «fatiguée» ou lassée par le processus d'élargissement. C'est dire aussi que cette UE n'est pas au clair quant à la question de savoir comment intégrer tous les pays «exclus», pour le moment, de l'adhésion et censés se contenter, à l'instar des pays du Proche-Orient ou de l'Afrique du Nord, d'une politique nébuleuse de «voisinage». L'UE n'échappera pas, tout comme les Etats-Unis, à ses responsabilités en Europe centrale et orientale. Il s'agit de compléter les acquis de la démocratisation de 1989, de renforcer les démocraties déficitaires et fragilisées dans les Balkans, en Georgie, Ukraine ou Moldavie. Et face à des régimes quasi-autoritaires tels que la Russie, l'UE devra insister davantage sur les valeurs de base au nom desquelles elle s'engage pour la liberté et la démocratie dans les Balkans ou dans le Caucase. ■

Osteuropa: Eine unternehmerische Herausforderung

Mit der EU-Osterweiterung öffnen sich auch für Schweizer Unternehmen neue Märkte, deren erfolgreiche Bearbeitung viel unternehmerisches Geschick und Know-how über die jeweiligen Landeskulturen erfordert. Der Ökonom Dirk Morschett gewährt Einblick in einige fundamentale Verhaltensregeln, damit Expansionen Richtung Osten nicht Schiffbruch erleiden.

dossier

von Dirk Morschett

A la conquête de l'Est

L'élargissement de l'UE vers les pays de l'Est signifie pour les entreprises suisses, grâce aux bilatérales, l'ouverture de nouveaux marchés prometteurs. L'importante demande laisse espérer à long terme une croissance économique de plus de 6%. Il s'agit désormais de pallier au manque d'infrastructures, de poursuivre le processus de restructuration et de modernisation. Grâce à d'importantes réformes politiques, économiques et juridiques, les conditions d'investissement sont devenues très attrayantes dans ces pays, et les flux de capitaux ne cessent d'augmenter depuis le début des années 1990. Dans ce contexte, les exportations suisses dans la région ont augmenté de 11% par année. En raison du pouvoir d'achat indigène encore faible, les entreprises occidentales ont commencé à investir directement sur place et à développer des produits plus adaptés à la demande locale. Selon Economiesuisse, les entreprises helvétiques occupent aujourd'hui plus de 60'000 personnes en Europe centrale et orientale. Les entreprises multinationales créent ainsi toujours plus de filières disposant d'une large autonomie et travaillant en étroite collaboration avec les partenaires locaux. Ces derniers disposent en effet de larges réseaux et connaissent parfaitement la mentalité de leurs collaborateurs et de leurs clients.

Prof. Dirk Morschett ist Inhaber des Chair for International Management – Liebherr/Richemont Endowed Chair und Verantwortlicher für den «Master of Arts in European Business». In einer Studie hat er weltweit Erfolgsfaktoren für die Führung von Auslandsgesellschaften untersucht und dabei regionale Besonderheiten verglichen. dirk.morschett@unifr.ch

Die Osterweiterung der Europäischen Union markiert eine der wichtigsten jüngeren Entwicklungen Europas. Am 1. Mai 2004 traten acht Staaten Mittel- und Osteuropas (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) sowie Malta und Zypern der EU bei. Die Länder wurden damit zugleich Vertragspartner der Schweiz in den bilateralen Verträgen. Am 1. Januar 2007 nahm die EU Rumänien und Bulgarien als Mitglieder auf.

Diese Beitritte sind das Ergebnis umfassender politischer und wirtschaftlicher Reformen in diesen Ländern. Das dadurch ausgelöste Wachstum hat die Länder Mittel- und Osteuropas zu äusserst attraktiven Märkten gemacht. Deren Wirtschaftswachstum liegt weit über jenem der Länder Westeuropas. Finden wir in Westeuropa vielfach gesättigte Märkte vor, die noch um etwa zwei Prozent pro Jahr wachsen, beobachten wir in vielen Märkten Osteuropas ein langfristiges Wirtschaftswachstum von über 6%.

Ungebremste Dynamik

Träger des Wirtschaftswachstums bleibt in den meisten Staaten die Binnennachfrage. Die Anlageinvestitionen erweisen sich dabei als besonders dynamisch. Sie wuchsen z.B. in Rumänien in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich fast 10% p.a., in Bulgarien gar um fast 15%. Diese Zahlen sind, wie z.B. Recherchen der Deutschen Bank Research zeigen, zum einen Ausdruck des hohen Investitionsbedarfs dieser Länder, der die gravierenden Infrastrukturmängel und die Notwendigkeit, die Unternehmen umzustrukturieren und zu modernisieren, reflektiert. Zugleich widerspiegeln sie Fortschritte bei der Privatisierung. Als Folge der intensiven Investitionstätigkeit stieg etwa in Bulgarien die Arbeitsproduktivität in der Industrie von

2001 bis 2005 um durchschnittlich 8% jährlich. Hinzu kommt durch das steigende private Einkommen in vielen Fällen nun auch ein zunehmender privater Bedarf an Konsumgütern. Insgesamt schätzt Economiesuisse für die Schweiz, dass sich das Bruttoinlandprodukt als Folge der EU-Osterweiterung um 0.2 bis 0.3% erhöhen wird.

Schweizer Exporte in die Region sind in den letzten zehn Jahren um jährlich etwa 11% angestiegen. Allerdings resultiert das niedrige Einkommensniveau in Osteuropa auch heute noch in einer geringen Kaufkraft, sodass in Hochlohnländern produzierte Waren an ihre Grenzen stossen. Daher müssen westeuropäische Unternehmen zunehmend Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa tätigen, um vor Ort jene Produkte zu produzieren, die dort auch verkauft werden sollen.

Mit umfassenden politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Reformen haben diese Länder sehr attraktive Investitionsbedingungen geschaffen. Durch die EU-Beitritte der Länder ist gleichzeitig das Investitionsrisiko deutlich gefallen; ein sehr sicherer Rechtsrahmen ist gegeben. Die Kapitalzuflüsse nehmen daher seit Anfang der 1990er Jahre permanent zu und es werden auch in den nächsten Jahren erhebliche ausländische Direktinvestitionen erwartet.

Verlagerung der Produktion

Dadurch verfügen westliche multinationale Unternehmen immer häufiger über Tochtergesellschaften in den Beitrittsländern. Nach Angaben von Economiesuisse beschäftigen alleine Schweizer Unternehmen heute bereits über 60'000 Mitarbeitende in Mittel- und Osteuropa. Die wirtschaftliche Öffnung darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die volkswirtschaftlichen Bedingungen und die Landeskulturen in Mittel-



© Matthias Wäckerlin

und Osteuropa immer noch deutlich von Westeuropa unterscheiden. Westeuropäische Unternehmen müssen daher darauf achten, ihr Geschäftsverhalten den dortigen Gegebenheiten anzupassen. Die neuen Märkte und Rahmenbedingungen stellen insbesondere unerfahrene KMU vor erhebliche Herausforderungen.

Dabei müssen die Unterschiede zwischen West- und Osteuropa intensiv betrachtet werden und, wie unsere Forschungsergebnisse gezeigt haben, ist ganzheitlich auf das spezifische Muster der Ländermerkmale, das sich aus Dutzenden von Einzelmerkmalen in einzigartiger Art und Weise zusammensetzt, zu reagieren.

So zahlt es sich für westeuropäische Unternehmen klar aus, in Mittel- und Osteuropa Kooperationen mit lokalen Partnern einzugehen, z.B. in Form von Joint-Ventures. Der Mix aus hohem Wachstum, Dynamik der Umfeldbedingungen, kulturellen Unterschieden, Relevanz lokaler Beziehungen und anderen Besonderheiten dieser Ländermärkte scheint die komplementären Ressourcen lokaler Geschäftspartner, vor allem wohl ihre lokalen Netzwerke und ihr spezifisches Wissen über die lokalen Märkte, besonders wichtig zu machen. Joint-Ventures sind eine riskante Strategie, die sich aber in Osteuropa als erfolversprechend erweist.

Angepasste Produkte zu tiefen Preisen

Empirische Untersuchungen belegen zudem, dass jene Unternehmen in Osteuropa besonders erfolgreich sind, die ihre Wertschöpfung zu einem sehr hohen Teil auch vor Ort erbringen und die relativ geringe Zulieferungen aus ihren Stammwerken nutzen. Neben den bereits erwähnten Kostenstrukturen ist dies darauf zurückzuführen, dass oft spezifische Produkte notwendig sind, um auf den Märkten im Osten erfolgreich zu sein. Gerade bei Investitionsgütern zeigt sich, dass Produkte speziell für Osteuropa entwickelt werden müssen. Das niedrigere Einkommensniveau, die anderen Produktionsbedingungen und weitere Besonderheiten erfordern andere Produkte zu niedrigeren Preisen, obwohl das Anspruchsniveau an Qualität und Technik bereits sehr hoch ist.

Unsere Untersuchungen zeigen überdies, dass vor allem solche Unternehmen erfolg-

reich im Osten tätig sind, die den Tochtergesellschaften vor Ort eine sehr hohe Autonomie einräumen. Während Schweizer oder deutsche Unternehmen z.B. ihre westeuropäischen Tochtergesellschaften in der Vergangenheit oft sehr zentralisiert geführt haben und dies durchaus erfolgreich, muss dem Management osteuropäischer Tochtergesellschaften oft weitgehend freie Hand gelassen werden.

Erfolgreiche westeuropäische Unternehmen haben begriffen, dass es nicht einfach ist, das komplexe Umfeld in Osteuropa wirklich zu verstehen. Daher ist es am besten, man lässt osteuropäische Manager die Geschicke vor Ort mit hoher Autonomie leiten. Diese kennen die Märkte, bauen auf ihre lokalen Beziehungen und verstehen die Mentalität ihrer Mitarbeitende und Kundschaft am besten. ■

L'euro en Europe et au-delà

Alors que l'euro a été introduit dans presque la moitié des pays membres de l'UE dans le but premier d'assurer la stabilité financière et la croissance économique de la zone, la toute jeune monnaie européenne influence déjà bien des pays avoisinant l'Euroland. Malgré des indicateurs apparemment réjouissants, l'euro a toutefois, politiquement et éthiquement, encore du chemin à faire avant d'être un facteur d'intégration européenne à long terme.

par Sergio Rossi

Hohe Erwartungen an eine Währung

Der Euro ist heute Zahlungsmittel in der Mehrheit aller EU-Mitgliedstaaten. Erklärtes Ziel dieser Einheitswährung ist es, die finanzielle Stabilität und das wirtschaftliche Wachstum in der Euro-Zone zu sichern. Der Wechsel hin zu einer Einheitswährung bedeutet die Abkehr von einer nationalen hin zu einer supranationalen Entscheidungshoheit, die in der EU total unabhängig von demokratisch gewählten politischen Institutionen agiert.

Längst spielt der Euro auch in den Nachbarländern des Euro-Raums eine Rolle. Auf politischer und ethischer Ebene hat die neue Währung nach Ansicht des Ökonomen Prof. Sergio Rossi noch einige Hürden zu nehmen, bevor sie sich als europäischer Integrationsfaktor durchsetzen kann.

Les crises financières observées dans les années 1990 ont montré l'importance d'assurer la stabilité des taux de change dans le contexte économique contemporain, caractérisé par l'ouverture des marchés, la libéralisation et la déréglementation financière, ainsi que la régionalisation croissante des flux économiques internationaux. L'évidence empirique indique que la volatilité des taux de change entre des monnaies-clés comme l'euro et le dollar américain a augmenté de manière significative au cours des dernières années. Il en va de même pour les flux financiers transfrontières, qui sont devenus plus volatiles, surtout en ce qui concerne les mouvements purement spéculatifs à très court terme. La volatilité des flux de capitaux et celle des taux de change sont des sources majeures d'instabilité et de crise financière pouvant affecter les pays qui ne sont pas intégrés sur le plan monétaire.

L'euro pour lutter contre l'instabilité

La solution choisie par l'Union européenne pour éviter l'instabilité des taux de change a été celle de l'union monétaire, introduisant l'euro comme monnaie européenne unique au sein d'un espace réunissant de plus en plus de pays dont l'hétérogénéité sur le plan économique a augmenté de pair avec leur nombre. Afin d'éviter la fluctuation des taux de change qui, en fait, dérange à la fois la stabilité financière et la croissance économique, l'UE a décidé d'abolir les monnaies nationales des pays respectant certains critères de convergence économique (définis par rapport à quelques grandeurs nominales) pour les remplacer par l'euro. Cela a comporté la formation d'un nouvel espace qui, d'un point de vue

monétaire, fonctionne comme un seul pays, parce qu'étant doté d'un système de paiement unique et uniforme en tout point de la zone euro. Ce système de règlement est chapeauté par la Banque Centrale Européenne (BCE), qui décide la politique monétaire à mener au sein de l'ensemble de la dite zone.

Une monnaie toujours plus influente

Depuis l'avènement de l'euro à la fin du siècle passé, on dispose de preuves empiriques toujours plus nombreuses indiquant que cette monnaie est en train de devenir la monnaie de facturation et de règlement prééminente pour le commerce entre les pays membres de la zone euro et le reste de l'UE – notamment en ce qui concerne les nouveaux pays membres de l'UE – tout comme dans les relations économiques entre ces nouveaux pays membres et le reste du monde. Cette évidence empirique montre le caractère régional et institutionnel de l'utilisation de l'euro sur le plan mondial. Par ailleurs, l'euro est de plus en plus utilisé pour les paiements entre les pays avoisinant la zone euro (surtout les pays d'Europe centrale et orientale, mais également la Russie, ainsi que les pays du Moyen-Orient et de l'Afrique du Nord). De surcroît, les données publiées par la BCE en 2007 indiquent que la part de l'euro dans les réserves de devises de ces pays a augmenté, comme on pouvait s'y attendre à la suite de l'appréciation de son taux de change par rapport au dollar américain – qui évolue à la baisse à cause, d'une part, des énormes déficits dans le compte courant de la balance des paiements des États-Unis et, d'autre part, des réductions des taux d'intérêt que la Réserve fédérale a

Sergio Rossi est professeur associé au Département d'économie politique.

sergio.rossi@unifr.ch
www.unifr.ch/mapom

mises en œuvre depuis le mois de septembre 2007 afin d'essayer d'enrayer la crise financière déclenchée par les problèmes liés aux fameux prêts hypothécaires «subprime».

Les limites du système basé sur l'euro

Le remplacement de monnaies nationales par une monnaie unique comme l'euro implique nécessairement l'abandon des souverainetés monétaires nationales en faveur d'une institution supranationale (la BCE dans le cas de la zone euro). Dès lors, la politique monétaire pour tous les pays membres de la zone est décidée par cette autorité supranationale qui, dans le cas de l'UE, est totalement indépendante des institutions politiques élues démocratiquement sur le plan communautaire (notamment le Parlement européen et le Conseil des ministres de l'économie et des finances). Cela n'est pas sans conséquences négatives : la politique menée par la BCE, depuis son institution, est centrée prioritairement, voire exclusivement selon certaines critiques, sur la lutte contre le renchérissement (l'objectif étant de limiter le taux de renchérissement à 2% par année), négligeant les problèmes liés au chômage et à la répartition des revenus au sein de l'Eurozone, sous prétexte que ces problèmes ne sont pas tributaires de la politique monétaire, car celle-ci serait «neutre» sur les grandeurs réelles (à long terme). En réalité, la politique monétaire européenne souffre d'un biais contre la croissance économique et affiche une asymétrie entre, d'une part, les interventions de la BCE qui augmentent les taux d'intérêt sur la base du renchérissement prévu ou attendu par les agents et, d'autre part, celles qui diminuent les taux d'intérêt lorsque le taux de renchérissement observé est plus faible que la limite de 2% par année (un cas de figure qui ne s'est presque jamais avéré depuis la création de la BCE).

Respecter l'éthique économique

Ces problèmes montrent que la BCE devrait revoir sa stratégie de politique monétaire et faire preuve de plus de res-

ponsabilité dans la conduite de sa politique – qui d'après bien des économistes serait inspirée, à quelques nuances près, du ciblage d'inflation en vogue depuis 1990 et qui, semble-t-il, est à l'origine de la baisse du renchérissement dans les pays suivant cette stratégie. En fait, on peut se demander si cette baisse, que l'on a d'ailleurs observée dans bien des pays ne suivant pas une telle stratégie, n'est pas tributaire d'autres facteurs tels que l'ouverture des marchés et les politiques de réformes structurelles visant à déréglementer le système économique à partir du marché du travail. Par ailleurs, le succès d'une stratégie de politique monétaire ciblant un taux de renchérissement donné (parfois défini au sein d'une marge plus ou moins étroite) est établi en fonction du taux d'inflation mesuré dans le système économique, négligeant, voire ignorant les grandeurs réelles ou d'autres objectifs de politique économique, comme la diminution du nombre de chômeurs, la réduction de la pauvreté et une répartition des revenus plus équitable sur le plan fonctionnel et personnel, respectant les principes de l'éthique économique. Si les résultats de la politique monétaire menée au sein de la zone euro sont évalués en tenant compte de ces éléments supplémentaires, qui, en fait, devraient être les objectifs primaires de toute politique économique à long terme, le succès des décisions de la BCE est beaucoup plus mitigé que ne le laissent croire les statistiques du renchérissement annuel mesuré à l'aide de n'importe quel indice des prix retenu à cet effet. ■



«Wie hast du's mit der Religion?»

Nachdem der «eiserne Vorhang» 1989 gelichtet wurde und die politischen Gräben zwischen den «Westmächten» und dem «Ostblock» allmählich eingegeben waren, stellte sich die Frage nach der kulturellen Identität Europas im Zeitalter der Globalisierung. In jüngster Zeit wird dabei häufig auf die gemeinsame christliche Identität Europas verwiesen, stellt der Religionswissenschaftler Prof. Oliver Krüger fest.

dossier

von Oliver Krüger

Ces Ottomans qui troquent dans nos têtes

A l'évocation d'une possible adhésion de la Turquie à l'Union européenne, l'identité chrétienne est aussitôt brandie comme argument pour contrer cette éventualité. Historiquement et statistiquement, l'Europe chrétienne en tant qu'unité homogène fait cependant peu de sens : ce sont plutôt la grande concentration et la diversité des religions qui devraient caractériser l'histoire religieuse du Vieux Continent. La question est devenue particulièrement brûlante depuis quelques années avec l'élargissement de l'UE. Pour comprendre pourquoi la Turquie actuelle, pourtant très liée à l'Europe, est souvent considérée comme une menace, il faut remonter le cours de l'Histoire, en commençant par les attentats du 11 septembre jusqu'aux invasions mongoles, sans oublier bien sûr la prise de Vienne par les Ottomans en 1529. Peu avant le début de la guerre civile en ex-Yougoslavie, Slobodan Milosevic s'était d'ailleurs clairement référé à la fameuse bataille de Kosovo Polje en 1389, au cours de laquelle la Serbie s'était battue contre l'Empire ottoman, avant de perdre son indépendance durant plus de 500 ans. Alors que le Kosovo vient de s'affranchir de la Serbie, il sera intéressant d'observer quelles identités nationales et religieuses seront désormais défendues dans la région.

Oliver Krüger ist Professor für Religionswissenschaft (Philosophische Fakultät). Er befasst sich vorwiegend mit soziologischen Aspekten gegenwärtiger Religionen in Europa und den USA.
oliver.krueger@unifr.ch

Eine geografische Definition der europäischen Grenzen war stets wenig hilfreich, denn es ist dem eigentümlichen Expansionsdrang der Europäer zu verdanken, dass die politischen Grenzen der Staaten historisch und gegenwärtig weit über die geografischen hinausragen: nicht nur Kleinasien und Nordafrika waren während der Antike Herrschaftsräume mit «griechischer» und später «römischer» Kultur, sondern auch heute gehört das südamerikanische Französisch-Guayana, das zweimal so gross ist wie die Schweiz, zur europäischen Union.

Darüber hinaus bietet sich eine Vielfalt kultureller Identitäten an, die mit der mythischen Entführung der phönizischen Königstochter Europa durch den als Stier getarnten, liebestollen Zeus beginnt und mit dem alljährlichen Wettstreit europäischer Barden endet. Als Indikator für das dynamische Selbstverständnis Europas kann man die Geschichte des Grand Prix Eurovision de la Chanson Européenne (heute: Eurovision Song Contest) betrachten. Während am ersten Wettbewerb 1956 in Lugano nur sechs Länder teilnahmen, umfasst das musikalische Europa heute 42 Staaten von Island bis Israel, der Türkei und Armenien. Eine ähnlich dynamische Interpretation der Grenzen Europas liesse sich beliebig auch für Europameisterschaften im Fussball u.a. zeigen.

Keine homogene Einheit

In den vergangenen Jahren wurde nun vor allem im Hinblick auf die Frage des EU-Beitritts der Türkei als ein offensichtliches Ausschlusskriterium die christliche Identität Europas beschworen. Wie christlich ist Europa? Religionsgeschichtlich ist es äusserst schwierig, einen einheitlich geografisch-religiösen Corpus «christlicher» Staaten zu definieren. Die Dominanz des Christentums im Römischen Reich war erst um ca. 400 n.Chr. durch Kaiser Theodosius I. besiegelt worden. Im restlichen Europa wurde die Christianisierung weitaus

später abgeschlossen: Mitteleuropa im 6.-8. Jhd., Skandinavien im 12. Jhd. und Osteuropa erst zwischen 1000 und 1400. Andere Regionen Europas waren zu dieser Zeit bereits unter islamischer Herrschaft: die iberische Halbinsel vom 8. bis 15. Jhd., Russland vom 13. bis 15. Jhd., der Balkan vom 14. bis zum 19. Jhd.. Selbst wenn man also die kulturelle Bedeutung des europäischen Judentums und die Kontinuität paganer und vorchristlicher Vorstellungen in der europäischen Religionsgeschichte ignorieren würde (was an sich schon problematisch wäre), ist die historische Idee eines homogen-christlichen Europas faktisch nicht haltbar. Sie entspricht vielmehr der romantisierenden Vision eines christlichen Europas, wie sie Novalis (1772-1801) in seiner Europa-Rede (posthum als «Die Christenheit oder Europa» publiziert) für das europäische Mittelalter skizziert hatte.

Und heute? Ca. 75% der Europäer gehören einer christlichen Kirche an, ca. 8% sind Muslime mit bedeutendem Gewicht in einigen Balkanstaaten, weniger als 2% gehören dem Judentum und anderen institutionalisierten Religionen an und ca. 17% der Einwohner sind konfessionslos. Relativiert werden die offiziellen Mitgliederstatistiken durch die European Values Study (2000), nach der ca. ein Drittel der Befragten angeben, unreligiös zu sein, und sich 5% explizit als Atheisten bezeichnen. Neuere Phänomene, die einzelne Aspekte verschiedener Religionen eklektisch aufnehmen und verändern, sind hier ebenfalls statistisch nicht berücksichtigt.

Vielfalt der Religionen

Nach diesen kurzen Ausführungen ist klar, dass es auf der Grundlage unserer historischen und aktuellen Daten wenig Sinn macht, vom «christlichen Europa» als einer homogenen Einheit zu reden. Der Tübinger Religionswissenschaftler Burkhard Gladigow bezeichnet die hohe Dichte an Religionen und deren Vielfalt gar als das heraus-



© Vncio Berrero

gende Merkmal europäischer Religionsgeschichte. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum in den vergangenen Jahren die christliche Identität Europas verstärkt thematisiert wurde, nachdem sie jahrzehntlang keine bedeutende Rolle in der europäischen Politik gespielt hat.

Besonders brisant ist diese Frage im Kontext der Türkei, denn politisch war die Türkei schon sehr früh in Europa eingebunden: im Europarat seit 1949, in der NATO seit 1952. Zum anderen ist gerade die Türkei unter allen Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung wahrscheinlich das unpassendste Beispiel, um hier eine politische Abgrenzung Europas auf der Grundlage religiöser Identitätskonstruktionen zu legitimieren. Im Zuge der politischen und kulturellen Reformen des Staatsgründers Kemal Atatürk (1881-1938) wurde 1924 die Scharia abgeschafft, 1926 das Schweizer Zivilrecht übernommen und 1930 das Frauenwahlrecht auf nationaler Ebene eingeführt (in Frankreich geschah dies 1945, in der Schweiz 1971 und in Liechtenstein 1984).

Eine anhaltend aktuelle Debatte

Die populäre Wahrnehmung der Türkei als religiös-politische Bedrohung Europas und deren politische Instrumentalisierung greifen offenbar auf historische Rezeptionsmuster zurück, die durch

tatsächliche Ereignisse wie dem mittelalterlichen Eroberungszug der Mongolen (13. Jhd.), der Belagerung Wiens durch die Osmanen (1529/1683) und den Anschlägen vom 11. September 2001, geprägt wurden. So konnte schon Kaiser Wilhelm II. mit der berühmten «Hunnenrede» (1900) seine Soldaten motivieren und so erinnerte Slobodan Milosevic im Vorspiel des jugoslawischen Bürgerkriegs an die verlorene Schlacht der christlichen Serben gegen die Osmanen auf dem Amselfeld (1389): «Vor sechs Jahrhunderten hat Serbien sich hier auf dem Kosovo selbst verteidigt. Aber es hat auch Europa verteidigt. Da befand es sich auf dem Wall, der die europäische Kultur, Religion sowie die europäische Gesellschaft als Ganzes schützte.» Es bleibt abzuwarten, welche Bilder europäischer und nationaler, religiöser Identitäten nach der Unabhängigkeitserklärung des mehrheitlich muslimischen Kosovo mobilisiert werden.

Das Projekt der interdisziplinär ausgerichteten Europastudien an der Universität Freiburg wird sicherlich dazu beitragen können, diese kulturelle und religiöse Vielfalt Europas in ihren historischen und politischen Kontexten zu verstehen und vielleicht positiv in die Fähigkeit zu Toleranz, Dialog und gegenseitiger Wertschätzung umzusetzen. ■

Des inégalités régionales inéluctables ?

L'économie européenne, pour être compétitive, ne peut se permettre de négliger le potentiel d'innovation de ses régions et de ses grandes métropoles. L'UE se doit de montrer l'exemple en poursuivant sa politique de valorisation en matière de recherche et développement et en mettant en avant ses régions sur l'échiquier de l'économie mondiale.

par Thierry Madiès

dossier

Hart umkämpftes Pflaster

Innovation ist für die Behörden in entwickelten Ländern zur Pflicht geworden. Dennoch: Europa tut sich schwer damit, seinen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den USA und Japan aufzuholen. Damit der Lisabonner Strategie Erfolg beschieden ist und sich die europäische Wirtschaft kompetitiv, dynamisch und innovativ weiterentwickeln kann, ist laut Prof. Thierry Madiès eine bessere Konkurrenzfähigkeit der Regionen und der grossen europäischen Metropolen vonnöten. Der Freiburger Ökonom kommt in einer Studie im Auftrag der französischen Regierung zum Schluss, dass die wirtschaftliche Polarisierung im Stil «Kompetenzzentrum – Peripherie» das Wirtschaftswachstum begünstigt, im gleichen Zug aber auch ein Ungleichgewicht mit sich bringt, das wiederum dem nationalen Zusammenhalt nicht förderlich ist. Madiès empfiehlt, sowohl Regionen wie auch Grossstädte, die bereits über eine kritische Masse verfügen, stärker zu unterstützen.

L'innovation est devenue l'«ardente obligation» des autorités publiques dans tous les pays avancés. Les points d'étape effectués tous les ans par la Commission européenne montrent cependant que l'Europe peine à combler son retard par rapport aux Etats-Unis et au Japon, alors même que les pays émergents viennent concurrencer ses bases économiques... y compris dans les secteurs à fort contenu technologique. Le succès de la stratégie de Lisbonne, qui vise à faire de «l'économie européenne une économie compétitive, dynamique, basée sur la connaissance et l'innovation», passe par une amélioration de la compétitivité des régions et des grandes métropoles européennes. Il existe cependant des disparités importantes entre régions. Si l'on classe l'ensemble des régions de l'Europe des 27 pour lesquelles un indicateur synthétique d'innovation a pu être établi, on constate que ce sont les régions allemandes et celles des pays nordiques qui se situent dans le haut du tableau européen. Par contraste, la grande majorité des régions françaises se situe au niveau ou en-dessous de la médiane européenne, à l'exception des régions les plus en pointe comme celles de Paris, Lyon, Grenoble ou Toulouse. La ligne de partage de l'innovation semble ainsi être schématiquement celle de l'Europe du Nord et de l'Europe du Sud.

industrielle. Il existe ainsi, selon toute vraisemblance, des externalités autres que celles liées au système de production traditionnellement mis en avant par la nouvelle économie géographique et qui sont spécifiques aux secteurs innovants. L'économie géographique de l'innovation, en utilisant en particulier les citations de brevets comme «marqueurs» des externalités de connaissances, met en évidence que la diffusion des connaissances est localisée. La thèse généralement défendue est en effet que la transmission de connaissances est contrainte par l'éloignement géographique, car elle suppose des relations interpersonnelles intenses et des face-à-face répétés. La dimension tacite plus ou moins importante des connaissances freinerait alors la transmission des savoirs et favoriserait la concentration des activités innovantes dans l'espace. Les travaux en économétrie spatiale montrent que les réseaux de co-publication restent souvent cantonnés à une région donnée. Les effets de la recherche et développement (R&D), mise en œuvre par des organismes publics de recherche (y compris par des universités), ont aussi une forte composante «locale» ou régionale. Ces effets sur le taux d'innovation du secteur privé décroissent en effet avec la distance géographique. En même temps, la distance est une boîte noire qui capte d'autres éléments à l'origine de la concentration des activités innovantes. Une façon sans doute de réconcilier ces deux visions est de considérer que la distance est aussi, dans une large mesure, le reflet d'interactions sociales entre acteurs participant au processus d'innovation. Il existe des effets frontière pour la connaissance, mais une fois ceux-ci dépassés, la diffusion de la connaissance se fait plus ou moins indépendamment de la distance. C'est ainsi que se forme un double mouvement, celui de la polarisation et celui de la création et du renforcement des réseaux internationaux d'échanges de connaissances. ►

L'innovation, une forte dimension territoriale ?

L'innovation a de toute évidence une forte dimension territoriale, ceci en dépit du développement des nouvelles technologies de l'information qui paraissent au premier abord gommer les distances. Les études empiriques montrent en effet que les activités innovantes sont plus concentrées au plan régional que les activités de production. La concentration des activités innovantes présente donc des spécificités par rapport à la concentration de la production

Thierry Madiès est professeur d'économie internationale et régionale, président du Département d'économie politique et membre du Conseil d'Analyse Economique auprès du Premier Ministre français François Fillon. Il est l'auteur de deux rapports récents destinés au Premier Ministre, intitulés «La France dans la mondialisation : quelle stratégie de politique économique ?» et «Innovation et compétitivité des régions» (avec Jean-Claude Prager). thierry.madies@unifr.ch

Les grandes métropoles sont particulièrement bien placées pour bénéficier de ce double mouvement.

L'innovation, facteur d'inégalités régionales ?

La question de la diffusion des externalités de connaissances est très importante pour le décideur public. En effet, si la diffusion des externalités de connaissances est spatialement limitée, alors la polarisation des activités économiques dans l'espace peut conduire à une structure géographique de type «cœur – périphérie», laquelle est un facteur favorable pour la croissance économique... mais engendre une augmentation des inégalités spatiales qui peuvent réduire la cohésion interne au pays. On pourrait alors observer un processus de convergence entre pays qui s'accompagnerait d'une augmentation des disparités internes (entre régions d'un même pays). De fait, on observe un effet de rattrapage entre pays de l'UE à 15, sans que cela ne s'accompagne d'une réduction significative des disparités de revenu par tête entre régions européennes. Cela traduit sans doute l'absence de réduction des inégalités entre régions riches et régions pauvres à l'intérieur des pays européens.

Politique régionale de l'UE, quels objectifs pour quels résultats ?

La question de la cohésion territoriale passe alors par la baisse des coûts de diffusion de l'innovation et par l'élargissement de l'extension géographique des externalités de connaissances : le développement des infrastructures de transport tend à accroître les inégalités territoriales et engendre davantage de polarisation, mais en même temps pourrait permettre de diffuser davantage les connaissances dans la mesure où la capacité d'absorption interne ou encore les NTIC (qui rendent plus large la diffusion des externalités de connaissances) deviennent importants. L'histoire économique montre cependant que les politiques publiques ne peuvent s'opposer que difficilement à cette tendance à la concentration spatiale et à son corollaire en termes d'inégalités territoriales. Il est plus avantageux de soutenir les régions et grandes métropoles disposant déjà d'une masse critique suffisante à l'échelle mondiale. L'Union européenne a progressivement été un facteur d'accompagnement de cette mutation en centrant l'allocation de ses ressources sur les régions en phase d'ajustement structurel, mais aussi en faisant une plus grande place, dans les autres régions, aux activités s'articulant autour de la recherche, de l'innovation et de la société d'information. ■



© Vñicio Barreno

Zur Bedeutung des Europarechts für die Schweiz

Die Schweiz ist bislang der Europäischen Union nicht beigetreten. Gleichwohl spielt das Europarecht in der Schweiz eine äusserst bedeutsame Rolle. Die rechtliche Teilintegration ohne Mitgliedstatus ist aus juristischer wie auch politischer Sicht nicht unproblematisch.

von Astrid Epiney

dossier

Un droit européen toujours plus influent

La Suisse n'est pas membre de l'UE, mais le droit européen exerce déjà sur elle une influence considérable. Les deux parties tentent de régler leurs modalités de fonctionnement concernant l'acquis communautaire à travers les fameux accords bilatéraux qui, selon les cas, laissent une marge plus ou moins importante dans l'interprétation et l'application du droit. Les accords bilatéraux ne comportent en soi pas de caractère intégratif, mais leur application concrète implique que la Suisse s'intègre déjà partiellement dans le droit européen. Ne possédant pas le statut de membre, cette dernière ne bénéficie toutefois pas des avantages que lui apporterait une adhésion, notamment au niveau de la sécurité et de la protection juridiques et des droits de décision conjointe. Une situation toujours plus problématique et qui pose une fois de plus la question de la balance entre les avantages et les désavantages d'une adhésion.

Die Schweiz ist als «Insel in der Europäischen Union» mit der EU und ihren Mitgliedstaaten in vielfältiger Weise verflochten, wobei nicht nur wirtschaftliche, sondern auch zahlreiche andere Aspekte betroffen sind. Verschiedene Gesichtspunkte ihrer Beziehungen zur EU werden auf vertraglicher Ebene geregelt, wobei heute der sogenannte «bilaterale Ansatz» im Vordergrund steht: Es handelt sich hier um verschiedene Abkommen in unterschiedlichen Bereichen, die – entweder nach Ansicht der Schweiz oder nach Ansicht der EU – einer Regelung bedürfen. Bislang sind aus einem ersten Paket («Bilaterale I») mit den Bereichen Personenfreizügigkeit, Forschung, technische Handelshemmnisse, landwirtschaftliche Produkte, Landverkehr, Luftverkehr und öffentliches Auftragswesen sieben Abkommen in Kraft; auch einige Abkommen eines zweiten Pakets («Bilaterale II») mit den Bereichen Besteuerung der Ruhegehälter von EU-Beamten, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Europäische Umweltagentur, Statistik, Bildung, Berufsbildung und Jugend, «Dublin» und «Schengen-acquis», Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung) sind bereits in Kraft, andere werden in Kürze folgen.

Ziel der politisch und rechtlich wohl bedeutendsten Abkommen ist die Einbindung der Schweiz in den relevanten Teil des «gemeinschaftlichen Besitzstandes»; die Abkommen sollen in diesen Fällen sicherstellen, dass das Nicht-EU-Mitglied Schweiz an den entsprechenden Integrationsschritten in der EU teilnehmen kann.

Einbindung in den acquis communautaire

Bei der Ermittlung der Rechtswirkung der von der Schweiz abgeschlossenen bilateralen Verträge ist zwischen verschiedenen «Kategorien» von Pflichten zu unterscheiden, je nach der Art und Weise sowie der Reichweite ihrer «Annäherung» an bereits in der EU geltende Vorschriften:

• Zunächst kann in einem Abkommen direkt auf gemeinschaftsrechtliche Rechtsakte («Sekundärrecht», im wesentlichen Richtlinien und Verordnungen) Bezug genommen und die Schweiz verpflichtet werden, in der Schweiz eine diesen Vorgaben entsprechende Rechtslage sicherzustellen.

• Weiter können die Verpflichtungen der Schweiz zwar im Abkommen selbst (bzw. in Anhängen) formuliert werden, wobei sich ihr Inhalt jedoch weitgehend oder gar vollständig an die Situation in der Gemeinschaft anlehnt.

• Schliesslich können die bilateralen Verträge auch völlig «autonome» Bestimmungen enthalten, also solche, die sich nicht in irgendeiner Form an den *acquis communautaire* anlehnen.

Nur am Rande sei in diesem Zusammenhang noch bemerkt, dass die Verträge auch an die Weiterentwicklung des Europarechts angepasst werden können, dies entweder durch eine entsprechende Entscheidung des aus Vertretern der Vertragsparteien zusammengesetzten «Gemischten Ausschusses» oder – wie insbesondere im Schengen-Abkommen – durch einen gewissen «Automatismus» der Übernahme des weiterentwickelten Sekundärrechts.

Soweit «direkt oder indirekt» auf den *acquis communautaire* zurückgegriffen wird, implizieren die Abkommen im Ergebnis, dass gemeinschaftsrechtliche Konzepte in der Schweiz heranzuziehen sind, dies in der Regel unter Zugrundelegung der einschlägigen gemeinschaftsrechtlichen Grundsätze, so ▶

Prof. Astrid Epiney ist Vizerektorin der Universität Freiburg und Direktorin des Instituts für Europarecht. astrid.epiney@unifr.ch

wie sie durch die Rechtsprechung geformt wurden. Denn in der Regel wird aus dem Sinn und Zweck der Abkommen zu schliessen sein, dass eine parallele Rechtslage wie in der Europäischen Union zu verwirklichen ist, was bei der Auslegung der Abkommen berücksichtigt werden muss.

Allerdings bringt es diese in weiten und insbesondere bedeutenden Teilen der bilateralen Abkommen angewandte Regelungstechnik der «Übernahme gemeinschaftlichen Besitzstands» mit sich, dass komplexe Auslegungsprobleme aufgeworfen werden. Denn die Frage nach der parallelen Auslegung der Abkommensbestimmungen einerseits und des Gemeinschaftsrechts andererseits ist in Bezug auf jede einzelne Bestimmung zu ermitteln. Dies zieht eine erhebliche Rechtsunsicherheit nach sich, die noch durch die Frage nach der Rolle der sich ständig fortentwickelnden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verstärkt wird.

Bilateraler Weg mit Grenzen

Die bilateralen Verträge zielen – jedenfalls soweit sie Teile des gemeinschaftlichen Besitzstandes übernehmen – auf einen Einbezug der Schweiz in den jeweiligen Teil des *acquis communautaire* ab. In instrumenteller Hinsicht stellte man dies durch einen Rückgriff auf rein völkerrechtliche Instrumente sicher. So weisen denn auch die bilateralen Verträge jedenfalls aus formaler Sicht keinen «Integrationscharakter» auf,

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg trägt der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für die Rechtsanwendung in der Schweiz mit besonderen Ausbildungszyklen Rechnung: So können die Studierenden bereits ihr Bachelorstudium mit einem Zusatz «Europarecht» abschliessen, der es ihnen ermöglicht, neben der obligatorischen Einführung in das europäische Verfassungsrecht auch Veranstaltungen im Binnenmarktrecht und im europäischen Privatrecht zu belegen. Auf Masterstufe erlaubt es das Profil «Europa und Internationales», die Kenntnisse im Europarecht über den Erwerb von insgesamt mindestens 32 ECTS-Punkten in diesem Bereich zu vertiefen; den Studierenden steht hier eine grosse Auswahl unterschiedlicher Kurse zur Wahl offen: So werden in Freiburg jedes Jahr rund 20 Kurse auf Masterstufe im Bereich Europa und Internationales angeboten.

© Urs Jaudas





© Urs Jaudas

dies im Gegensatz etwa zum EWR. Ihre konkrete Ausgestaltung bringt es allerdings mit sich, dass letztlich eine Art «Teileinbindung» der Schweiz in das Europarecht realisiert wird, womit dieses je länger je mehr für den schweizerischen Rechtsanwender äusserst bedeutsam wird.

Letztlich erfolgt so mit weiten Teilen der bilateralen Abkommen eine Art «Teilintegration» in die Unionsrechtsordnung, ohne dass dem allerdings die Vorteile eines EU-Beitritts – insbesondere eine gewisse Rechtssicherheit, Rechts-

schutz und Mitentscheidungsrechte – gegenüberstehen. Je weiter der materielle Anwendungsbereich einer solchen «Teilintegration ohne Mitgliedstatus» ausfällt, desto mehr dürfte er an rechtliche und politische Grenzen stossen. Eine Weiterführung des «bilateralen Weges» wirft unweigerlich die Frage nach der Abwägung seiner Vor- und Nachteile mit den Vor- und Nachteilen einer EU-Mitgliedschaft auf. ■

La protection des données en Europe et la Suisse

Une équipe de chercheurs de l'Institut de droit européen (Bernhard Hofstötter, Annekathrin Meier, Sarah Theuerkauf et Astrid Epiney) s'est penchée pendant deux ans sur la question de savoir dans quelle mesure le droit de la protection des données en Suisse est compatible avec les exigences du droit communautaire dans ce chapitre particulier. L'accent a été mis sur les implications de la ratification des accords dits de Schengen/Dublin sur la Suisse dans le domaine de la protection des données. Les résultats de cette recherche, financée en grande partie par le Fonds national de la recherche, soulignent que, dans l'ensemble, le niveau de protection en Suisse est tout à fait comparable à celui en vigueur dans l'Union européenne. Toutefois, dans certains domaines précis, quoique peu nombreux, la Loi fédérale de la protection des données ne correspond pas entièrement au niveau requis par l'UE. Ceci concerne notamment les exigences à satisfaire pour obtenir le consentement d'une personne afin d'être en mesure d'effectuer un traitement de données, ainsi que certains aspects du

traitement de données sensibles (comme des données sur la santé ou la religion).

Les accords de Schengen/Dublin impliquent par ailleurs des modifications importantes, surtout en ce qui concerne la nomination d'autorités de surveillance indépendantes dotées de certaines compétences précises. Si la révision de la Loi fédérale a pour conséquence de satisfaire à cette exigence, presque tous les cantons ont dû ou doivent encore réviser leur lois cantonales de protection des données ou créer de telles lois, certains cantons ne disposant en effet pas encore d'une législation dans ce domaine.

Si les résultats de la recherche sont maintenant publiés, l'Institut de droit européen poursuit ses études sur la problématique. Dans cette perspective, il organise notamment, conjointement avec le Préposé fédéral à la Protection des données et en collaboration avec les préposés cantonaux, les «Journées suisses du droit de la protection des données», dont la première édition a eu lieu le 11 janvier 2008.

Pour un droit privé européen social et démocratique

Liberté de la presse, respect de la personnalité, travail, responsabilité civile, contrats ou concurrence : l'intégration européenne, qui remet en cause l'autonomie du droit national, reste largement dominée par la raison économique. Afin de préserver une Europe démocratique, il importe de permettre au politique de revenir à la hauteur des marchés et de concevoir un droit privé européen en conséquence.

dossier

par Franz Werro

L'Union européenne reste essentiellement fondée sur l'idée de la communauté économique dont elle est issue en 1992. Bien qu'elle ait institué une citoyenneté, ceux qui en sont les bénéficiaires peinent à saisir les effets de ce statut. Pour beaucoup, l'Europe reste lointaine et mal vécue. Alors qu'ils sont devenus impuissants face à la mondialisation du commerce, les Etats membres et leurs élus font tout, il est vrai, pour retarder la naissance d'une structure étatique européenne qui permettrait à la politique de revenir à la hauteur des marchés et de démocratiser le fonctionnement des institutions communautaires.

Du droit national au droit européen

Dans ce contexte, dont la Suisse fait évidemment partie, le droit privé cherche sa place. A bien des égards, ce droit, appelé à régir les relations entre les particuliers, a clairement cessé d'être l'œuvre des seules autorités nationales pour devenir celle du législateur et des juges européens, y compris ceux de la Cour européenne des droits de l'homme. C'est ainsi que la liberté de la presse et le respect de la personnalité, ou le droit des individus à engager des relations familiales et à disposer de leurs biens, relèvent aujourd'hui en partie de l'arbitrage des juges de Strasbourg. Par ailleurs, en droit du travail, la question de savoir si celui qui acquiert une entreprise est responsable du paiement des salaires que devait l'ancien employeur se résout aujourd'hui en Suisse, comme dans les Etats membres, à la lumière aussi de la jurisprudence de la Cour du Luxembourg. Il en va de même dans le droit de la responsabilité civile quand il s'agit de déterminer si la personne blessée par un produit défectueux a le droit de demander des dommages-intérêts au fabricant. On pourrait multiplier les exemples dans le droit des contrats ou de la concurrence. Au demeurant, s'il remet en cause

l'autonomie du droit national, le droit privé européen reste très fragmentaire.

Attention au vide juridique

Au plan communautaire, ce droit souffre aussi, et surtout, du fait qu'il est dépourvu du caractère social et politique dont il aurait besoin. Le Parlement de l'Union européenne a bien demandé, à plusieurs reprises depuis 1989, qu'on étudie la possibilité d'adopter un Code civil européen, mais, dans l'intervalle, le projet de constitution européenne a ignoré la question. Aujourd'hui, la Commission a banni le terme de «Code», et elle se borne à mettre au point un «Cadre commun de référence» en droit des contrats, destiné exclusivement à parfaire le fonctionnement du marché unique. A certains égards, cette entreprise est sans doute de nature à renforcer la protection des consommateurs, mais elle contribue avant tout à l'expansion d'un vide juridique qui permet celle d'une société de consommation sans précédent, aux mains d'un capitalisme mondial dévastateur.

Soumettre l'économique au social

L'Union européenne a fait beaucoup. Elle doit faire plus. L'Europe des libres marchands doit aménager une place nouvelle à une Europe dotée de pouvoirs de régulation politique que l'Etat-nation a perdus et qu'il ne retrouvera pas. Dans l'exercice de ces pouvoirs, cette Europe se rapprocherait de ses citoyens si elle reconnaissait au droit privé la place constitutionnelle qui lui revient et la capacité de soumettre à nouveau l'économique au social. Il en va du retour à un capitalisme à visage humain, distinct du modèle américain, mais aussi tout simplement du maintien de la démocratie, aujourd'hui compromise par les forces débridées des pouvoirs économiques. ■

Franz Werro est professeur ordinaire, président du Département de droit privé et professeur au Georgetown University Law Center à Washington, DC.
franz.werro@unifr.ch

Le Traité constitutionnel européen est mort, vive la constitution ?

Le Traité de Lisbonne, présenté comme un simple traité modificatif, tente de se démarquer du Traité constitutionnel refusé par la France et les Pays-Bas en 2005. Le nouveau traité n'en reprend pas moins en très grande partie la substance du texte constitutionnel. Cette voie paradoxale saura-t-elle conduire l'UE hors de la crise de confiance qu'elle traverse ?

par Alexandre Chardonnes

dossier

Ein Weg aus der Sackgasse?

Der EU-Reformvertrag von Lissabon übernimmt in grossen Teilen die Substanz der EU-Verfassung, die im Jahr 2005 in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden zu Fall gebracht wurde. Der neue Text – die so genannte Vereinbarung von Lissabon – heisst jedoch nicht mehr «Verfassung» und enthält keine Hinweise mehr auf die EU-Fahne, die Hymne oder die Währung. Die Vereinbarung, die laut der europäischen Kommission in den wesentlichen inhaltlichen Punkten bis zu 90 Prozent identisch mit der abgelehnten EU-Verfassung ist, gelangt diesmal jedoch nur in einem parlamentarischen Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Abstimmung, ein Referendum ist nur in Ausnahmefällen vorgesehen. Bleibt des Volkes Meinung hierbei auf der Strecke? Und, so fragt der Jurist Alexandre Chardonnes, ist die eingeschlagene, eher paradoxe Situation für die EU eine Möglichkeit, aus der Vertrauenskrise herauszufinden?

Pascal, dans ses *Pensées*, nous apprend que le paradoxe est un «fait qui heurte le bon sens». Le développement du Traité de Lisbonne, signé le 13 décembre 2007, et les rapports de ce dernier avec son prédécesseur, le Traité constitutionnel de 2004 refusé en France et aux Pays-Bas en 2005, sont remplis de paradoxes et notre bon sens est maintes fois interrogé.

1^{er} paradoxe : tellement proche mais si différent ?

Après les votes négatifs en France et aux Pays-Bas en 2005, les «signes extérieurs de constitutionnalité» ont été bannis du paysage européen. Ayant éliminé le drapeau, l'hymne, la devise et la monnaie, de même que toute référence au mot «Constitution», le Traité de Lisbonne est présenté comme un traité modificatif, à savoir une simple révision des traités existants, au même titre que ceux d'Amsterdam ou de Nice. Il sera par conséquent adopté selon la procédure parlementaire propre à chaque Etat membre, sans que ne soit plus requis de referendum (sauf rares exceptions et/ou surprises). *Cependant*, la Commission européenne, comme la plupart des commentateurs, s'accorde à reconnaître que près de 90% du contenu du Traité de Lisbonne est identique à celui du Traité constitutionnel de 2004. La voix des peuples est-elle bafouée ou, au contraire, les 10% restants, composés largement des symboles constitutionnels les plus marquants et de nouvelles compétences pour l'UE, sont-ils d'une densité telle qu'ils peuvent expliquer ce retournement ? Le singe ne partage-t-il pas 99% de ses gènes avec l'être humain sans que cette proximité fasse de lui notre égal ?

2^{ème} paradoxe : la question de la légitimité

Il semble, même si cela reste un exercice de divination périlleux, que les votes français et hollan-

dais aient été négatifs, soit pour des raisons relevant de politique interne, soit pour des questions relevant du fameux déficit démocratique de l'UE. *Cependant*, la finalité du Traité constitutionnel était précisément de «rapprocher l'Europe de ses citoyens», et son contenu comprenait bon nombre de dispositions qui visaient précisément à améliorer la légitimité démocratique de l'UE (voir tableau p. 30). Ces questions ayant été laissées ouvertes par l'échec du Traité constitutionnel, le Traité de Lisbonne ne pouvait pas les ignorer, il a donc repris et renforcé les réformes du Traité constitutionnel visant à renforcer la légitimité de l'UE.

3^{ème} paradoxe : la démocratie des uns n'est pas celle des autres

L'exercice du referendum sur la question constitutionnelle a été présenté comme l'expression des peuples et un pur exercice démocratique. *Cependant*, la ratification nationale, par le veto qu'elle offre à chaque Etat, est-elle véritablement démocratique ? En effet, 80 millions d'habitants (deux Etats) ont mis fin à un processus que plus de 276 millions (77% de la population des Etats ayant pris position sur la question, 18 Etats) avaient accepté, et l'on ne peut que poser des hypothèses sur le résultat que le processus de ratification aurait obtenu dans les sept Etats qui devaient encore se prononcer sur la question. Il n'en reste pas moins que l'unanimité propre à la ratification des traités européens peut elle-même révéler certaines limites démocratiques dans une entité politique aussi intégrée que l'UE. Ceci aussi explique la grande ressemblance du contenu de Lisbonne avec le Traité constitutionnel.

4^{ème} paradoxe : nécessité fait loi

Le Traité constitutionnel de 2004 fut présenté comme un acte fondateur, et un large écho fut donné à sa portée symbolique. *Cependant*, la

Alexandre Chardonnes est assistant diplômé au Département de droit international et droit commercial. alexandre.chardonnes@unifr.ch

BOOK' IN
DIVISION OF HARTEVELD
RARE BOOKS LTD.
Tél. 026 322 38 08
LIVRES D'OCCASION
OUVERTURES
Mardi au vendredi 09.00 - 18.30
Lundi fermé Samedi 09.00 - 16.00



quasi-totalité de son contenu, d'une part, reprenait des éléments déjà existants (par ex. le marché intérieur) et, d'autre part, répondait à des besoins urgents de réforme. Ainsi, le Traité de 2004 répondait à l'élargissement le plus grand jamais enregistré (dix nouveaux Etats, peuplés par plus de 75 millions de citoyens) : il rééquilibrait les rapports de force entre institutions (les institutions intergouvernementales et le Parlement européen se trouvant avantagés), entre Etats membres et UE (les compétences étant mieux délimitées, et les parlements nationaux mieux représentés) et, finalement, entre les Etats membres (les grands Etats et leur population étant plus équitablement représentés dans une

UE composée majoritairement de petits Etats). Ces éléments, vitaux pour le fonctionnement de l'UE, n'étant que très peu liés au discours constitutionnel, la faillite de ce discours n'a donc pas entraîné les réformes en question dans sa chute.

Par l'abandon des symboles, tout en préservant l'essentiel de la substance, le Traité de Lisbonne essaie de faire sens de la situation paradoxale qui lui a été léguée. Si, finalement, l'identité partagée de Lisbonne s'explique, il se peut néanmoins que notre bon sens, comme celui de Pascal, reste un peu heurté. ■

Convergences et différences entre les Traités de 2004 et 2009

	Traité constitutionnel 2004	Traité de Lisbonne 2009
Nature du texte	Traité substitutif – texte remplaçant et simplifiant les traités existants	Traité modificatif – simple amendement aux traités existants qui restent en vigueur, texte quasi illisible, nombreux protocoles et déclarations
Symboles constitutionnels	Adoption de symboles étatiques (drapeau, hymne, devise, monnaie, utilisation du mot «lois» pour les actes législatifs)	Suppression de tous les symboles étatiques (drapeau, hymne, devise, monnaie, lois), plus aucune apparition du mot «Constitution»
Renforcement de la légitimité de l'UE	Droit d'initiative populaire (1 million de citoyens)	
	Introduction d'une Charte des droits fondamentaux	Introduction d'une Charte des droits fondamentaux, dans un protocole et opt-out (demande de dérogation) de la Grande-Bretagne et de la Pologne à la nature juridique controversée
	Adhésion programmée à la Convention européenne des droits de l'homme	
	Renforcement des pouvoirs des Parlements nationaux (en lien avec les principes de subsidiarité et de proportionnalité)	Renforcement additionnel des Parlements nationaux (par rapport au TC 2004), notamment par le biais d'un contrôle encore renforcé du principe de subsidiarité
	Le rôle du Parlement européen est renforcé. La procédure de co-décision devient la procédure ordinaire et est largement étendue. Le nombre de parlementaires est limité à 750	
	Droit de retrait de l'UE	
Dispositions institutionnelles	Unification des trois piliers (Communauté européenne, Politique de sécurité commune et Coopération policière et judiciaire en matière pénale)	
	Article sur la primauté du droit communautaire	Suppression de l'article sur la primauté, mais introduction d'une déclaration et d'un avis du service juridique confirmant la jurisprudence de la Cour
	Nouvelle procédure de vote à la majorité qualifiée au Conseil des ministres (double majorité des Etats – 55% – et de la population – 65%), minorité de blocage de quatre Etats	
	Nouveaux Président du Conseil européen et Ministre des affaires étrangères	Nouveaux Président du Conseil européen et Haut Représentant pour les Affaires étrangères et la politique de sécurité
	Préservation de la collégialité de la Commission par la réduction du nombre de commissaires	
Véritables nouveautés du Traité de Lisbonne		Systèmes d'opt-out (dérogations) très nombreux
		Certaines nouvelles questions relevant de l'immigration, de l'énergie et du changement climatique tombent dans les compétences de l'UE

Braucht Europa eine Verfassung?

Die Ausweitung der Europäischen Union von 15 auf 25 und dann auf 27 Mitgliedstaaten hat eine Reihe gravierender Probleme aufgeworfen. Eine Frage stellt sich unweigerlich: Kann das Gebilde Europäische Union bei so vielen Interessen und Unterschieden noch handlungsfähig sein?

dossier

von Siegfried Weichlein

Demos plutôt qu'ethnos

Avec l'élargissement à 27 pays se pose la question de la légitimité et de la capacité d'action de l'Union européenne. C'est dans cette perspective également qu'intervient la problématique de la Constitution, censée apporter une nouvelle légitimation démocratique à la communauté. Pour les uns, l'UE ne remplit toutefois pas les conditions pour bénéficier d'une telle constitution, car elle ne répond pas aux critères d'un Etat à proprement parler. Pour les autres, il s'agit là d'une chance pour former enfin la conscience d'un peuple européen, même si ce dernier ne se réfère pas à une identité ethnique et culturelle commune. Et de rappeler à ce titre que la plupart des Etats nationaux ont vu le jour malgré des conditions artificielles importantes dues à leur hétérogénéité politique et culturelle. Dans ce sens, la Suisse pourrait bien servir de modèle, puisque ne représentant pas un «ethnos» culturel, mais un «demos» défini politiquement.

Wie können die Entscheidungsmechanismen gestrafft werden, damit die Mitglieder zu gemeinsamen Entscheidungen kommen? Wie steht es um die Legitimität der Europäischen Union? Einerseits sind die Bürgerinnen und Bürger der Union bezüglich ihrer Pflichten im Alltag zu einem immer grösseren Teil direkt der Europäischen Union unterworfen. Hier werden sie als Bürger der EU in Anspruch genommen. Wollen sie dagegen mitwirken und die politischen Entscheidungen selbst gestalten, werden sie auf die Mitwirkungsrechte in den einzelnen Bundesstaaten verwiesen. Das Prinzip, dass ein Bürger eines freien Landes sich selbst gehorcht, wenn er den Gesetzen folgt, scheint damit relativiert, wenn nicht ausser Kraft gesetzt zu sein (Ulrich K. Preuss).

Klarheit schaffen

Der europäische Verfassungsvertrag, der 2004 vom Europäischen Verfassungskonvent verabschiedet und danach den Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorgelegt wurde, stellt einen möglichen Lösungsversuch für die Probleme von Wachstum, Demokratie- und Handlungsfähigkeit der EU dar. Die Verfassung sollte zum einen das Geflecht der bisherigen Gesetzes- und Vertragstexte, die in Jahrzehnten entstanden sind, vereinheitlichen und systematisieren. Zum anderen aber sollte es dem grösseren Gebilde eine neue, demokratische Legitimität geben. Verfassungen konzipieren Souveränität. Der Verfassungsvertrag appellierte an einen europäischen Souverän und garantierte die Menschenrechte. Die Logik des europäischen Verfassungsvertrags ähnelte – auch wenn er einen Vertragscharakter besass – derjenigen der klassischen demokratischen Nationalstaaten mit dem volkssouveränen Dreiklang von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt (Georg Jellinek). Die entscheidende Frage blieb, ob es ein europäisches Staatsvolk, das der Träger europäischer Souveränität sein soll, tatsächlich gibt.

Kein Staat – keine Verfassung

Hierzu sind die Interpreten unterschiedlicher Ansicht. Für die ehemaligen deutschen Verfassungsrichter Dieter Grimm und Paul Kirchhof fehlen der EU die Voraussetzungen für eine Verfassung. Sie stellen die Staatsqualität der EU in Frage. Die EU verfüge über kein eigenes Territorium, weil sie keine direkte Gebietshoheit besitzt, die bekanntlich immer noch bei den Nationalstaaten liegt. Ihre Staatsgewalt beziehe sie lediglich aus Einzelermächtigungen, die vertraglich immer neu ausgehandelt werden, was im Übrigen auch für die Budgethoheit gilt. Der gravierendste Einwand bezieht sich aber auf das Staatsvolk. Dergleichen sei auf europäischer Ebene nicht vorstellbar, weil es weder eine europäische Sprache noch eine europäische Öffentlichkeit, eine gemeinsame Geschichte oder ähnliche identitätsbildende Merkmale gebe. Ohne Staatsvolk könne es keinen Staat geben, und wo kein Staat existiere, könne auch keine Verfassung gelten.

Die Befürworter der europäischen Verfassung – allen voran Jürgen Habermas – verweisen im Wesentlichen auf die Chancen für die Ausbildung eines europäischen Staatsvolkes und die Zählung der bürokratischen Herrschaft. Die EU besitzt aus der Sicht der Verfassungsbefürworter bereits ein Staatsvolk, jedoch nicht mit einer ethnischen und kulturellen, sondern mit einer historisch erprobten Identität der «Solidarität unter Fremden» (Jürgen Habermas). Dies war bereits in den klassischen Nationalstaaten der Fall, in denen ebenfalls unter hoch artifiziellen Bedingungen politischer und kultureller Heterogenität eine Solidarität unter Bürgern, die sich nicht kannten, entstand. Auf nationaler wie europäischer Ebene reichen hierzu die Dynamiken der Marktbildung und des Binnenmarktes nicht aus. Erst das antizipatorische Moment der Verfassungsgebung beschleunigt die Ausbildung eines Staatsvolkes und einer politischen Öffentlichkeit. Eine euro-

Siegfried Weichlein ist Professor für europäische Zeitgeschichte.
siegfried.weichlein@unifr.ch



päische Verfassung würde zudem das Demokratiedefizit abbauen.

Richtungswechsel?

Wenn also die klassischen Nationalstaaten als Vorbild für die politische Konstruktion der EU ausscheiden, dann stellt sich die Frage, ob die EU dem Vorbild der Habsburgermonarchie des späten 19. Jahrhunderts mit ihrem gescheiterten Stabilisierungs- und Demokratisierungsprozess oder dem Beispiel der Schweiz mit ihrer geglückten Verfassungsgebung und Demokratisierung folgt. Auch wenn die Schweiz der EU politisch fernbleibt, könnte die EU sich dem Schweizer Staatsvolkmodell für ihr Selbstverständnis annähern, deren Staatsvolk in der Terminologie von M. Rainer Lepsius und anderen kein kulturell verfasster «ethnos», sondern ein politisch definierter «demos» ist.

Master Europastudien: Ein Kontinent im interdisziplinären Licht

Ab dem Herbstsemester 2008 bietet die Universität Freiburg den Masterstudiengang Europastudien an. Er ist interdisziplinär ausgerichtet und umfasst Veranstaltungen an der Philosophischen, der Wirtschaftswissenschaftlichen, der Juristischen und der Theologischen Fakultät. Der Master dauert zwei Jahre, umfasst 120 ECTS und beginnt mit den beiden verpflichtenden Basismodulen «Geschichte der europäischen Integration», bzw. «Europa heute: rechtliche, politische, ökonomische und kulturelle Herausforderungen». Die Studierenden wählen danach im Vertiefungsprogramm zwischen zwei Optionen. Die erste Option «Gesellschaftliche und zeitgeschichtliche Aspekte Europas» bietet vier Module in Recht, Wirtschaft, Geschichte und Sozialwissenschaften, die zweite Option «Europäischer Kulturraum: Wurzeln und Aktualität» solche aus Literatur und Sprachen, Christentum und Religionen in Europa, Philosophie und Ideengeschichte sowie Musikwissenschaft und Kunstgeschichte. Der Master Europastudien wird abgeschlossen durch ein Vertiefungsprogramm bzw. ein Nebenprogramm im BA-Fach und eine Masterarbeit. Er richtet sich an Studierende für die Berufsfelder Journalismus, Medien, kulturelle Organisationen oder politische Bildung, wo die Kompetenz zu europäischen Themen in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Voraussetzung ist ein BA-Abschluss in einem Fach, das in den beteiligten Fakultäten vertreten ist. Der Master Europastudien ist zweisprachig, englische Veranstaltungen in Wirtschaft kommen hinzu. Zusammen mit dem Studiengang Master of Arts in European Business verstärkt der neue Masterstudiengang den Schwerpunkt Europa an der Universität Freiburg. Organisiert werden beide Studiengänge am neuen Zentrum für Europastudien der Universität, das im Herbstsemester 2008 eröffnet wird.

Studienberatung Europastudien:
eva.maurer@unifr.ch und
siegfried.weichlein@unifr.ch

Integration: eine Frage der Definition

Wenn Medien über Integration oder zumeist über mangelnde Integration von Ausländerinnen und Ausländern oder Personen mit Migrationshintergrund berichten, wird selten gefragt, wie der Begriff zu verstehen sei. Fest steht: Die Definitionen von Integration haben sich im Laufe der Jahre stark gewandelt.

dossier

von Marina Richter

L'intégration au fil du temps

Selon une étude de la Chaire de travail social, les migrants envisagent sous un angle très différent leur possible intégration selon la période à laquelle ils sont arrivés en Suisse. Ainsi ce travailleur espagnol, ayant déposé ses valises sur le sol helvétique au début des années 1960, affirme que l'intégration était alors est un but en soi, impliquant l'apprentissage de la langue et l'adaptation à la culture d'accueil. Cette génération est collectivement marquée par des événements tels que l'initiative Schwarzenbach ou les contrôles sanitaires à la frontière. Tout autre est le discours de cette Espagnole de 32 ans, arrivée en Suisse à la fin des années 1990 : elle décrit un climat d'ouverture qui met en avant la réciprocité et l'acceptation de l'étranger. La génération des années 1990 semble davantage influencée par des expériences individuelles. Il apparaît clairement que les migrants intériorisent le discours politique ambiant au moment de leur arrivée, auquel ils mesurent ensuite leurs chances d'intégration. Les migrants des années 1960 ont estimé leur insertion dans le pays comme difficile parce que l'ayant envisagée selon des critères très exigeants. Considérant alors leur intégration comme pratiquement impossible, ils ont préféré rêver d'un futur retour au pays d'origine.

Assimilation, Eingliederung, Akkulturation, Multikulturalismus, Integration: Im Laufe der Geschichte und der fortlaufenden politischen Diskussionen hat die Art des Zusammenlebens von Etablierten und Migrierten immer wieder neue Namen und damit neue Konturen erhalten. Am 1. Januar dieses Jahres wurde ein neues Kapitel in dieser langen Geschichte geschrieben: das neue Ausländergesetz (AuG) beinhaltet nicht nur Paragraphen zur Frage, wer in die Schweiz einwandern und wer hier arbeiten darf, sondern enthält auch ein Kapitel zur Integration.

Darin werden folgende Ziele definiert (AuG, Art. 51): Erstens dient Integration dem «Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Bevölkerung». Dafür sollen zwar gemeinsame Grundwerte gelten, diese müssen aber nicht kultureller Natur sein. Das Zusammenleben basiert auf einer gemeinsamen Rechtsordnung, aber nicht auf der Übernahme einer Schweizer Kultur durch die ausländische Bevölkerung wie das beispielsweise von der Assimilation gefordert wird. Dazu bedarf es gegenseitiger Anstrengungen. Zweitens soll Integration den Migrierten ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Bestimmungen gelten jedoch nur für rechtmässig und längerfristig anwesende Ausländer; Kurzaufenthalter und illegal Anwesende sind davon ausgeschlossen.

Wirkung politischer Debatten

Politische Debatten bringen jedoch nicht nur Gesetze hervor. Mit ihnen und vor allem durch ihre Vermittlung in den Medien wird den in der Schweiz anwesenden ausländischen Personen auch mitgeteilt, welcher Platz ihnen in der Gesellschaft gebührt. Es geht dabei um Rollenvorstellungen, um Bilder, wie Migrantinnen und Migranten zu sein haben, um Rechte und Pflichten und darum, wie sie sich zu benehmen

haben, um akzeptiert zu werden.

Es macht daher einen Unterschied, wie über Migrierte in der Politik gesprochen wird. Denn sie nehmen genauso wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft wahr, was medial berichtet wird. Vergleicht man Migrierte, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die Schweiz gekommen sind, so definieren sie ihre Rolle als Migrantinnen oder Migranten gänzlich unterschiedlich, wie eine Studie am Lehrstuhl für Sozialarbeit und Sozialpolitik zeigt.

Integration aus der Sicht der Betroffenen

Ein spanischer Migrant, der Anfang der 60er Jahre in die Schweiz kam, äussert sich folgendermassen: «Die Integration? Nicht alle erreichen das. Zuerst muss man mit dem Ziel kommen sich zu integrieren: Um sich zu integrieren, muss man die Sprache lernen und sich an die Kultur anpassen, an die Geschichte, an die Wesensart der Bürger». Seine Migrationsgründe können zwar als eine Mischung von Abenteuerlust und politischer Motivation (Spanien war damals von der Diktatur Francos geprägt) beschrieben werden. Im Kontext seiner Zeit, in der Art, wie in der Schweiz aber auch in Spanien über Immigranten hier und Emigranten dort gesprochen wird, begreift er den heute geläufigen Begriff der Integration in einer Sprache, die an die damaligen Debatten zu Assimilation erinnert.

Mit ganz anderen Worten nimmt eine 32-jährige Spanierin zu dieser Frage Stellung. Sie kam Ende der 90er Jahre in die Schweiz und fand ein Klima der Offenheit vor, in dem öffentlich über Fragen von Integration und Zusammenleben nachgedacht wurde und in dem vor allem die Gegenseitigkeit dieser Prozesse betont wurde. Sie äussert sich so: «Integration, das ist, wenn man sich von den Leuten aufgenommen fühlt, wenn man sich ►

Marina Richter ist Doktorassistentin am Departement für Sozialarbeit und Sozialpolitik. Zum Thema ist folgendes Buch erschienen: «Integration, Identität, Differenz: Der Integrationsprozess aus der Sicht spanischer Migrantinnen und Migranten».

marina.richter@unifr.ch

nicht mehr wie eine Fremde fühlt. Wenn ich den Dialekt sprechen würde, wäre es sicher besser als nur mit Hochdeutsch. Aber andererseits, wenn sie dich als Ausländerin sehen, dann bist du etwas Interessantes. Das ist nicht schlecht».

Erinnerungen im kollektiven Gedächtnis

Diese Definitionen aus der politischen Rhetorik zum Einreisezeitpunkt werden in Erzählungen von Migrierten oft durch Erlebnisse untermauert. Sie stehen im kollektiven Gedächtnis für die Art und Weise, mit der sie in der Schweiz aufgenommen wurden. Herausragende Ereignisse, die von Migrantinnen und Migranten aus der Gastarbeiterzeit immer wieder genannt werden, sind die Schwarzenbach-Initiative und die grenzsanitarische Kontrolle. Die Schwarzenbach-Initiative wollte den Ausländeranteil an der Schweizer Bevölkerung drastisch reduzieren. Sie stiess auf enormen Anklang in der Bevölkerung und wurde 1970 nur ganz knapp abgelehnt. Die grenzsanitarische Kontrolle fand bei der Einreise in die Schweiz statt. Personen, die beispielsweise aus Spanien einreisten, wurden am Bahnhof Genf in einer Art untersucht, die vielen als unmenschlich und traumatisch in Erinnerung blieb.

Dagegen sprechen Migrierte spanischer Herkunft, die in den 90er Jahren immigrierten, seltener von kollektiv prägenden Ereignissen. Am ehesten erinnern sie sich an Vorkommnisse, die sich eher auf lokaler Ebene denn auf Bundesebene zugetragen haben. So wird beispielsweise von Migrantinnen und Migranten aus der Stadt Zürich von einem offiziellen Empfang berichtet, den die Stadt für Neuzugezogene jedes Jahr in verschiedenen Sprachen organisiert. Dort werden sie willkommen geheissen und erhalten Informationen zum Leben in der Stadt. Problematisch an diesen Erkenntnissen ist nicht nur, dass Migrierte die zum Zeitpunkt ihrer Ankunft dominanten Debatten internalisieren. Sie bewerten dementsprechend auch ihre Möglichkeiten in der Schweizer Gesellschaft. So messen die interviewten spanischen Gastarbeitenden eine erfolgreiche Eingliederung in die Schweizer Gesellschaft mit solch hohen Massstäben (Dialekt sprechen, nicht mehr als Ausländer auffallen), dass eine Eingliederung geradezu verunmöglicht wird. Sie schrecken vor einer solch hohen Hürde zurück und verlassen sich lieber auf die Illusion, in der Zukunft einmal in ihre «Heimat» zurückzukehren. ■



Le chercheur qui a trouvé l'Europe

N'en déplaise aux tenants du Réduit national, la Suisse est membre de l'Union européenne, puisqu'associée au Conseil européen de la recherche (CER). Scientifique, cette liaison est aussi de carbone et de métal au cœur des métallo-enzymes, où elle influe sur les processus biochimiques, mécanismes de la vie. Une investigation du Prof. Martin Albrecht, encouragée par 1,25 millions d'euros du CER.

dossier

par Samuel Jodry

Enzymes entschlüsseln

Der Europäische Forschungsrat ERC hat Prof. Martin Albrecht im vergangenen Dezember einen Starting Grant in der Höhe von 1,25 Mio. Euro zugesprochen. Beim geförderten Projekt CARBENZYMES geht es um Spitzenforschung im Bereich der Enzyme. Dank des Betrages kann der Freiburger Chemiker in unabhängiger Forschung untersuchen, inwieweit bestimmte Metall-Kohlenstoff-Verbindungen eine Rolle in biochemischen Prozessen spielen. Diese Art von Verbindungen wurde bisher komplett ignoriert, könnte jedoch von zentraler Bedeutung für verschiedene Enzymaktivitäten, insbesondere in Oxidationsprozessen, sein. Erkenntnisse in dieser Richtung werden es ermöglichen, natürliche Prozesse besser nachzubilden und deshalb auch effizienter nutzbar zu machen. Potenzielle Anwendungsgebiete reichen von neuen Therapiemöglichkeiten in der Medizin bis hin zur Funktionalisierung von flüchtigen Erdgas-Komponenten für die Herstellung von Treibstoff.

Les deniers joints au «ERC Starting Grant» de l'UE sonnent comme une reconnaissance aux oreilles du Prof. Albrecht, du Département de chimie de l'Université de Fribourg. Ses pairs européens attestent, de belle et utile manière pour ce jeune scientifique, que sa recherche est sur la bonne voie. Sur celle, nouvelle et organo-métallique, qui mènera à une meilleure compréhension de l'être humain. Parce que décomposer et déchiffrer les rouages internes des enzymes revient à appréhender ceux de la vie, tels que la respiration, la guérison ou la croissance. Le Prof. Albrecht a les propos cuirassés : «L'enzyme est un catalyseur chargé de toutes les transformations dans le corps humain, soit un tunnel qui offre un chemin plus facile, plus rapide, et dans lequel la consommation d'énergie est moindre.» Mais, passés ces descriptifs fonctionnels généralistes, des questionnements subsistent sur le mode opératoire interne du catalyseur : l'œuvre de transformation et les réactions chimiques ainsi générées demeurent, en effet et pour partie, dans la zone grise des connaissances enzymatiques pour les blouses blanches et leurs tableaux noirs.

Maxime en tube d'essai

Ce savoir n'est pourtant pas en friche, puisque l'architecture du catalyseur métallo-enzymatique est connue : en son for intérieur, un centre actif sous la forme d'un atome de métal. Haut commandement et lieu même de la modification chimique, l'atome gît dans un environnement qui définit l'enzyme. Cette banlieue détermine à son tour la fonction du centre actif, soit le type de biotransformation. Un lien doit donc exister entre le centre et sa périphérie. Explication à ce mode opératoire interne, la gnose scientifique est alors déroulée : dans l'enzyme, une chaîne d'acides aminés. Parmi ces acides, l'histidine dont l'azote est le point d'ancrage idéal et unique avec le centre métallique.

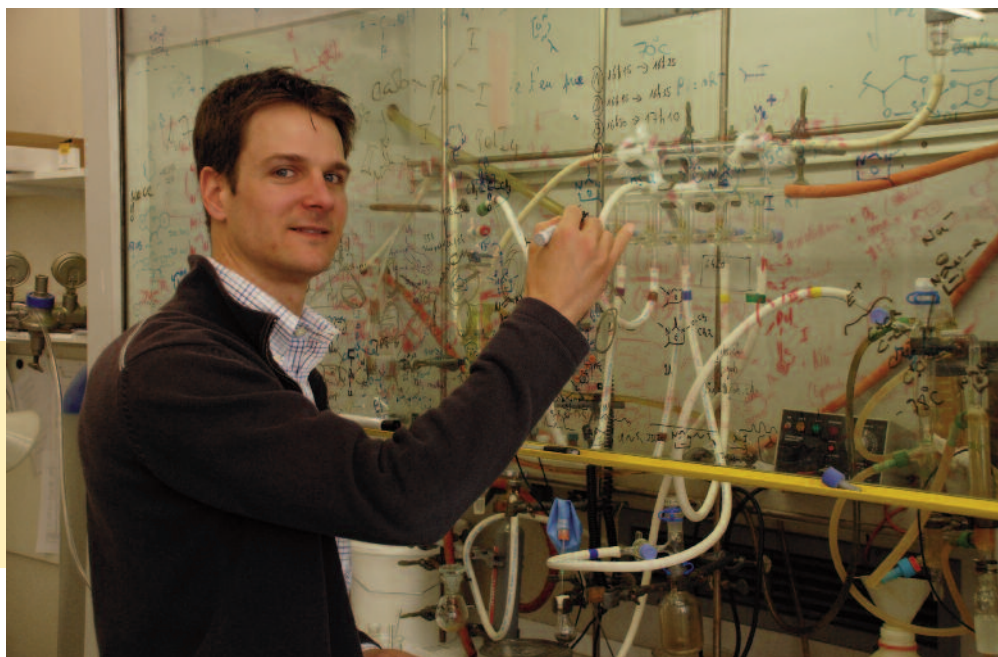
Telle est la machinerie généralement admise. Du moins la liaison azote-métal portait ce titre avant que l'équipe de chercheurs du Prof. Martin Albrecht ne trouble le landerneau enzymatique. «En synthétisant des dérivés de l'histidine, nous avons remarqué que les molécules ainsi modélisées pouvaient aussi s'accrocher au centre métallique via le carbone», explique le scientifique. Une enzyme, deux liaisons, de nombreuses spéculations.

Une question à deux millions

«Est-ce l'azote qui joue invariablement le rôle de point d'ancrage dans l'histidine naturelle, ou le carbone peut-il aussi expliquer les transformations opérées par le centre métallique ?» L'interrogation, si microscopique soit-elle, a sa légitimité. Les conséquences d'une liaison carbone-métal, ou complexe de carbène, peuvent être énormes, car celle-ci apparaît plus efficace dans certaines opérations chimiques, telles l'oxydation.» Et le locataire du Département de chimie d'évoquer encore des nouvelles voies dans le traitement de maladies cancéreuses comme la leucémie, ou la conversion de l'H₂O en carburant, à l'image des plantes quand elles reçoivent de l'eau. Mais parce que ces hypothèses sont basées sur un modèle simple de l'histidine, s'ouvre alors, de la spéculation à la démonstration, le long chemin de croix du chercheur : «Nous devons trouver des preuves que la liaison carbone-métal existe dans l'enzyme naturelle. Mon groupe de scientifiques devra pour cela créer un nouveau modèle de catalyseur synthétique le plus ressemblant possible à la molécule naturelle», c'est-à-dire en reproduisant la partie active de celle-ci.

Notre amie l'Europe

In fine, comprendre ce qui influence la formation du complexe de carbène, ignorée jusqu'à ►



La vie, ses enzymes et ses formules chiffrées au menu de la recherche du Prof. Albrecht.

aujourd'hui. Mais cet entendement organo-métallique demande du temps, plombé des inévitables impératifs pécuniaires : «Constituer un groupe de recherche de pointe et assurer son financement est ardu», explique Martin Albrecht, «et encore plus pour le jeune chercheur de 36 ans que je suis.» Les sources indigènes ? Le thésard de l'Université d'Utrecht reconnaît les mérites du Fonds national suisse de la recherche scientifique, mais son capital-risque est limité pour les savants encore verts, et «l'octroi d'une somme aussi importante que celle nécessaire au fonctionnement de mon équipe est quasi-impossible». Les industriels ? Oui... s'il s'agit de recherche appliquée, rarement fondamentale. Soudainement, l'Helvétie n'est plus une île, et l'Union européenne, une *terra incognita*. Structure récente de l'UE, et à laquelle est associée la Suisse, le Conseil européen de la recherche (CER-ERC) reçoit alors le projet estampillé Albrecht et intitulé *carbenzymes*. Qui sera par retour de courrier gratifié d'épithètes élogieuses et de près de deux millions de francs au «ERC Starting Grant» glissés dans l'enveloppe.

L'internationale scientifique

«Echelonnée sur cinq ans, cette somme me permettra de doubler les rangs de mon groupe de travail», explique le scientifique dont le budget de recherche connaîtra la même multiplication. Comblé, le Prof. Albrecht avance, comme explications à cette reconnaissance, les futures applications pratiques de ses travaux – «et non uniquement cloîtrées dans une tour d'ivoire académique» – et le changement de pensée quant à la compréhension du fonctionnement enzymatique qu'ils génèrent, tout en misant sur un degré de risque calculé. A ses

yeux, la manne européenne illustre de plus une certaine évidence : la science, qu'elle soit chimique, physique ou biologique, ne peut plus porter de couleurs locales ou nationales. Parce que l'échange d'idées et le transfert de données ne doivent souffrir d'aucune frontière et bataille de clocher. Sise au cœur de ces doctes liaisons, «la Suisse doit impérativement maintenir et développer ses liens scientifiques avec l'UE», explique le lauréat : «Le haut niveau de sa formation participe notamment à cette internationalisation.» Avec de tels promoteurs des relations, qu'elles soient de carbone-métal ou transnationales, la Suisse n'est plus une île, mais une enzyme au passeport européen. ■

Le CER et ses sous

Première structure de l'UE destinée à soutenir la recherche fondamentale de pointe dans tous les domaines de la science – et ainsi participer à l'endigement de la fuite des cerveaux –, le Conseil européen de la recherche est officiellement lancé en février 2007. Il dispose d'un budget conséquent de 7,5 milliards d'euros couvrant sept années de fonctionnement. Au cours de sa phase de lancement, la priorité sera donnée aux scientifiques indépendants qui créent leur première équipe de collaborateurs. Les conditions de postulation sont simples : travailler en Europe et être compétent, selon les propres mots d'Ernst-Ludwig Winnacker, secrétaire général du CER. Et la demande considérable, puisque le CER reçoit 9167 projets de toute l'Europe, Suisse comprise, cette dernière étant liée, par un accord de coopération scientifique, au 7^e Programme-cadre de recherche de l'Union européenne (2007-2013). Seuls 300 heureux seront retenus. Parmi lesquels le Prof. Martin Albrecht.

Site officiel : <http://erc.europa.eu/index.cfm>

Kreative Metaphern in politischen Europa-Reden

Neuartige Metaphern wie Gorbatschows «gemeinsames Haus Europa» sind in Reden in schweizerischen oder deutschen Parlamenten eher Ausnahmen. Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Stil politischer Reden legt jedoch nahe, Kreativität im Verwandeln von Altbewährtem zu suchen.

von Ralph Müller

dossier

Le sens de la métaphore

Ralph Müller, chercheur en littérature allemande, analyse un corpus de discours politiques sur l'Europe, tenus durant ces 60 dernières années et représentant au total plus de deux millions de mots enregistrés électroniquement. Il a mis un accent particulier sur la question de la créativité dans la métaphore, à l'instar de la fameuse «maison européenne» attribuée à Gorbatschow et qui n'a cessée depuis d'être citée. L'image semble cependant remonter à plus loin dans le temps : le plan Marshall a en effet été décrit comme «la pierre angulaire sur laquelle la nouvelle maison européenne pourra se construire». Si la métaphore n'est donc pas absolument nouvelle, l'image utilisée par Gorbatschow est restée dans les mémoires, car elle évoquait un nouvel espace européen, élargi de Gibraltar à Wladivostock. La métaphore a rendu compréhensible le concept abstrait et complexe d'Europe, en se référant à une formulation plus ancienne, selon la bonne vieille recette politique et rhétorique du recyclage.

Die oberflächliche Beobachtung, dass politische Reden stilistisch-inhaltlich tendenziell weniger interessant sind als Zeitungsartikel oder Gedichte, stellt die Frage nach den Kriterien, nach denen man etwas als «kreativ» beurteilt. Immerhin kann eine Metapher, die in einem lyrischen Gedicht Anerkennung findet, im Kontext einer politischen Rede völlig unangemessen wirken. Das Urteil, welche Metaphern kreativ sind, gewinnt zuverlässigere Konturen, wenn es vor dem Hintergrund typischer Sprachverwendung innerhalb derselben Textsorte (also politischen Reden) belegt wird. Rhetorik und Literaturwissenschaft waren früher für solche Vergleiche auf die eigene Intuition und Expertenwissen angewiesen. Heute lassen sich grössere Mengen ausgewählter digital gespeicherter Texte mit präzise formulierten Suchaufträgen durchforsten, um die Hintergrundfolie zu gewinnen, vor der man das Besondere einer Formulierung aufzeigt. Für das Projekt «kreative Metaphern in Europa-Reden» wurde ein solches Korpus von Reden über Europa aus Deutschland und der Schweiz zusammengestellt, das mit einem Umfang von über zwei Millionen Wörtern einen Überblick über Europa-Reden der letzten 60 Jahre bietet.

Metaphern für Europa

Kreativität wird häufig mit der Vorstellung verknüpft, dass jemand etwas völlig Neues macht. Diese Vorstellung lässt sich leicht auf kreative Metaphern übertragen: Irgendjemand muss als erster den Gedanken geäußert haben, dass Europa wie ein Haus ist: vielleicht der russische Generalsekretär Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre oder einer seiner Funktionäre. In grossen Textkorpora kann aber ein solcher kreativer Ursprung nur annäherungsweise erfasst werden: Je weiter man ein Korpus zeitlich und umfangmässig ausdehnt, desto älter

werden die Belege, die man findet. In unserem Korpus zum Beispiel können schon in den ältesten erfassten Reden Belege für die Haus-Europa-Metapher gefunden werden, etwa wenn die Rede davon ist, dass der Marshall-Plan «zum Eckstein werden» soll, «von dem aus das neue europäische Haus auf- und ausgebaut werden kann» (Nationalrat Boerlin, 5.10.1948). Es wäre nun aber zu weit gegriffen, Gorbatschows Metapher deswegen als alten Hut abzutun. Vielmehr sollte die Vorstellung, dass kreative Metaphern neu erfundene Ausdrücke sind, überdacht werden.

Leistungen der Metapher

Gorbatschows Metapher hat weniger durch die Wahl des Ausdrucks «Haus» als durch die Referenz von «Europa» auf einen erweiterten



© Matthias Wäckelin

Ralph Müller ist Literaturwissenschaftler und Doktorassistent am Departement für Germanistik. ralph.mueller@unifr.ch

europäischen Raum von Gibraltar bis Wladivostok eine so grosse Wirkung entfalten können. Der vertraute Erfahrungsbereich des Hauses bot wiederum einen willkommenen Schauplatz, auf dem das Aussehen eines neuen Europas verhandelt werden konnte. Damit erfüllte Gorbatschows Metapher eine typische Funktion: Abstraktes und Komplexes zu veranschaulichen. Dies ist bei abstrakten Begriffen wie Europa wichtig, denn solchen Begriffen steht ein Bedürfnis gegenüber, den Prozess oder Zustand der europäischen Einigung «greifbar» zu machen und zum Beispiel durch Metaphern zu veranschaulichen. Es scheint geradezu schwierig zu sein, über Europa zu sprechen oder nachzudenken, ohne zumindest verblasste Metaphern zu verwenden. So wird über die Frage, ob man den «Alleingang» sucht oder aber den «Schritt» in die Integration wagt, häufig in Begriffen der räumlichen Bewegung diskutiert. Metaphern sind damit nicht nur rhetorischer Schmuck oder sprachliche Manipulationsmittel, sondern auch Instrumente unseres Denkens. Weg-Metaphern sind dabei ein gutes Beispiel dafür, dass politische Grundsatzdebatten – etwa welches der richtige oder falsche Weg sei – typischerweise um Metaphern geführt werden («Weg» ist im Korpus europapolitischer Reden unter den häufigsten Nomen an 19. Stelle).

Eine Frage der Kombination

Als Literaturwissenschaftler interessiere ich mich dafür, wie sich im Rahmen konventionalisierten analogischen Denkens und Sprechens Metaphern mit besonderen rhetorischen Effekten wählen lassen. Dies kann, wie bereits erwähnt, dadurch geschehen, dass neue Sachverhalte mit einer Metapher bezeichnet werden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Kombination des metaphorischen Ausdrucks mit anderen Wörtern, wie das folgende Zitat,

das vor über 50 Jahren in eine der ersten schweizerischen Integrationsdebatten eingebracht wurde, zeigt: «Aber solange wir nicht wissen, [...] welche Formen diese Integration Europas annehmen wird, haben wir keinen Anlass, aus unserem festgegründeten und *festgezimmerten* schweizerischen Staat *hinaus-* und in eine europäische Konstruktion *hineinzuflüchten.*» Der Urheber des Zitats, der freisinnige Nationalrat Willy Bretscher, war keineswegs ein aussenpolitischer Isolationist, dennoch verwendete er relativ drastische metaphorische Ausdrücke. Vergleichen wir aber den metaphorischen Ausdruck «hineinflüchten» mit metaphorischen Verwendungen von «flüchten» im Korpus, dann zeigt sich, dass der Ausdruck zwar nicht häufig vorkommt, aber angesichts von Wendungen wie «sich in eine Verweigerungshaltung flüchten» auch nicht aussergewöhnlich ist. Entscheidend ist, dass Bretscher den Ausdruck mit weiteren Metaphern kombiniert. Allerdings finden sich vereinzelt stilistisch noch auffälligere Verwendungen, die als Fluchtziel eine weitere ungewöhnliche Metapher setzen. Hier ist auf Dürrenmatts umstrittene Rede für Václav Havel im November 1990 hinzuweisen, die die Schweiz als ein Gefängnis beschrieb, «wohin sich die Schweizer geflüchtet haben». Demgegenüber bleibt Willy Bretschers Fluchtziel der «europäische[n] Konstruktion» (mit Absicht?) relativ farblos.

Die Analyse von vielen Metapherverwendungen in elektronischen Textkorpora macht darauf aufmerksam, dass Kreativität nicht unbedingt in der einzig- und neuartigen Erfindung beruht. Gerade die wirkungsmächtigsten metaphorischen Innovationen haben Neues aus Altbewährtem gemacht. «Alter Wein in neuen Schläuchen» – ein bewährtes politisches und rhetorisches Rezept. ■



Martin Reichetseder aus Österreich



Alastair Mac Iver aus Schottland



Vittorio Maio aus Italien



Sophia Kuenze aus Deutschland



Lana Slapa aus Deutschland



Jaime Echenique aus Spanien



Vera Fahrberger aus Österreich



Sofia Lundvall aus Schweden



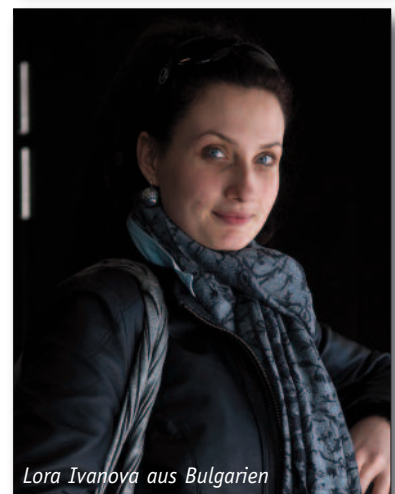
Thomas Koenig aus Deutschland



Hanga Santha aus Schweden



Emanuela Foggia aus Italien



Lora Ivanova aus Bulgarien

Thank God
it's Monday!

Ready for a career at Dell? Then prepare to bring your biggest ideas to the table. We stay a step ahead of the competition by realizing that inspiration can strike at any time – and by knowing what to do when it does.

Careers at Dell. Consider the Possibilities.

www.dell.ch/careers

Hussain Orhan,
with Dell since 2005.

DELLTM
Consider the Possibilities



Viva Italia Cucina tradizionale!

Bei uns erleben Sie die wahre Italianità mit typischen Spezialitäten wie ausgezeichnete Pizzas, hausgemachte Teigwaren, erlesene Fleisch- und Fischgerichte sowie feine Dolci. Und brauchen dabei Ihren Geldbeutel nicht zu strapazieren!

**Als SchülerInnen, StudentInnen und Lehrbeauftragte
essen Sie bei uns gegen Vorweisung Ihrer Legi
15 Prozent günstiger!**

Gilt auch für eine Begleitperson.

Ristorante Pizzeria Molino

Rue de Lausanne 93, 1700 Fribourg, Telefon 026 / 322 30 65

7 Tage in der Woche,
365 Tage im Jahr offen:

Montag bis Donnerstag
von 07.00 bis 23.30 Uhr

Freitag und Samstag
von 07.00 bis 24.00 Uhr

Sonntag
von 08.00 bis 23.30 Uhr

Durchgehend
warme Küche

www.molino.ch



Università
della
Svizzera
italiana

University of Lugano



MASTERS 25 April 2008

master info day - master.unisi.ch

Communication

Media Management
Technologies for Human Communication*
Communication for Cultural Heritage*
Education and Training
Public Communication

Economics

Finance*
Banking and Finance*
Management*
Economics and International Policies

Academy of architecture

Architecture

Communication and Economics

Marketing*
Corporate Communication*
International Tourism*
Financial Communication*

Informatics

Software Design*
Dependable Distributed Systems*
Embedded Systems Design*
Intelligent Systems*
Applied Informatics*

Institute of Italian Studies

Master in Italian Literature and Civilisation

* in English

swissuniversity.ch

Information:
University of Lugano
Advisory Service
6900 Lugano
+41 58 666 47 95
advisory@lu.unisi.ch
www.master.unisi.ch



Kompetenzzentrum für Schlüsseltechnologien

Mit einem feierlichen Kolloquium haben die Physiker der Universitäten Freiburg und Bern am 5. März ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit beider Universitäten aufgeschlagen. In dem neu gegründeten Zentrum «Light & Matter» schliessen sich Physiker der beiden Universitäten zu einem Kompetenzzentrum mit internationaler Ausstrahlung zusammen und fördern so die strategische Allianz beider Universitäten.

Gerhard-Fürst-Preis 2007

Das Statistische Bundesamt Deutschland hat Dr. Michael Beer für seine Dissertation «Hedonic Elementary Price Indices: Axiomatic Foundation and Estimation Techniques» mit dem Gerhard-Fürst-Preis ausgezeichnet. Mit dieser Arbeit sei eine überzeugende statistisch-ökonomische

Theorie hedonischer Preisindizes vorgelegt und damit ein herausragender Beitrag zur Preisindexforschung geleistet worden, so die Begründung.

Le Prof. Pichonnaz à la tête de l'ELFA

Pour la première fois de son histoire, l'Association européenne des Facultés de droit (ELFA) sera présidée par un professeur suisse. Lors de son assemblée générale annuelle, les représentants des 180 facultés membres de l'association européenne ont élu le Prof. Pascal Pichonnaz, de la Faculté de droit de Fribourg, à leur tête pour l'année 2008/09.

Membre du comité directeur de l'Association européenne depuis 2005, le Prof. Pichonnaz accède ainsi à une position lui permettant de représenter les intérêts des facultés européennes auprès des instances nationales, européennes et internationales, comme l'Association américaine des Facultés de droit.

Neuer Direktor des IFF

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus (IFF) der Universität Freiburg – ein führendes Forschungs- und Dienstleistungszentrum im Bereich des Föderalismus – hat an seiner ordentlichen Sitzung unter dem Vorsitz von Regierungsrat Christian Wanner die Nachfolge des altershalber zurücktretenden Direktors Prof. Thomas Fleiner geregelt. An seiner Stelle wurden mit Amtsantritt am 1. August 2008 der jetzige Vizedirektor Prof. Peter Hänni als Direktor sowie als weitere Direktionsmitglieder Prof. Eva Maria Belser und Prof. Bernhard Waldmann gewählt.

4^e édition des goûters scientifiques

Dédiée au droit, la 4^e édition des goûters scientifiques a eu lieu les 5 et 12 mars à l'auditoire Joseph Deiss à Pérolles 2. Les enfants étaient invités à assister à une séance de tribunal, durant laquelle avocats et juge ont mis en scène le jugement d'un accident de luge. Pour illustrer ce goûter scientifique, les écoliers ont eu l'occasion de prendre part à un concours de dessin sur le thème des dix principaux droits de l'enfant. Pour remercier les participants et offrir à tous la possibilité d'apprécier la qualité et l'originalité des dessins, une exposition a lieu du 1^{er} au 15 avril à Miséricorde.

Impressum ■

Le magazine de l'Université de Fribourg
Das Magazin der Universität Freiburg

Nouvelles universitaires vol. 66/3
Rédaction : Communication & Marketing
Université de Fribourg
Av. de l'Europe 20, 1700 Fribourg
tél. 026 300 70 34
fax 026 300 97 03
e-mail: marcom@unifr.ch

Responsable : Laure Schönenberger
Rédaction permanente : Tanja Aebli,
Christine Carrard
Secrétariat : Antonia Rodriguez,
Denise Torche
Layout : Jean-Daniel Sauterel
Couverture : Vinicio Barreno

Publicité : Go!Uni-Werbung AG,
Rosenheimstrasse 12, CH-9008 St. Gallen
tel. 071 244 10 10
Fax 071 244 14 14
e-mail : info@gouni.com

Tirage : 9'000 exemplaires
Papier : R4 Chorus couché brillant, blanchi
sans chlore; couverture 200 gm2, intérieur
115 gm2
Imprimerie : Saint Canisius, Fribourg

Prochaine parution : juin 2008

Les opinions exprimées dans les articles d'Universitas ne reflètent pas forcément celles de la rédaction, mais témoignent de la multitude des directions prises par la recherche à l'Université de Fribourg.

Meinungen, welche in den Artikeln von Universitas zum Ausdruck kommen, widerspiegeln nicht automatisch die Meinungen der Redaktion. Sie bezeugen jedoch die Vielfalt der Forschungsrichtungen an der Universität Freiburg.

La géologie à la recherche de l'Arche de Noé

Si pour bon nombre de scientifiques le déluge évoqué dans la légende biblique de l'Arche de Noé a certainement eu lieu en Mer Noire, nombreuses sont aussi les questions en suspens. Au Département de géosciences de l'Université de Fribourg, on analyse les fonds marins de cette région afin de mieux comprendre les changements océanographiques passés et à venir.

par Giordana Gennari et Silvia Spezzaferri

La légende d'un déluge dévastateur est profondément enracinée dans la mémoire collective de l'humanité et mentionnée dans plusieurs religions (Genèse, Torah, Coran). Ecrite il y a environ 4'800 ans par les Sumériens, «l'épopée de Gilgamesh» constitue l'un des premiers récits à évoquer une telle inondation. L'histoire de Noé et de sa famille, sauvés dans l'Arche légendaire, est également décrite dans la Bible.

Plus puissant que les chutes du Niagara

En 1997, deux chercheurs américains, W.B. Ryan et W.C. Pitman, ont indiqué sur leur carte la Mer Noire comme lieu d'origine de la légende de cette probable inondation dévastatrice. Sur la base d'évidences géologiques, ils ont supposé qu'un soulèvement du niveau de la Méditerranée a eu pour conséquence un épanchement de celle-ci dans la Mer Noire, ce phénomène ayant formé une cascade 200 fois plus puissante que les chutes du Niagara. La Mer Noire s'est alors élevée d'environ 15 centimètres par jour, les fermes côtières ont été inondées, provoquant la migration massive des êtres humains préhistoriques et créant la légende de la grande inondation biblique, ainsi que celle de Noé et de son Arche.

Cette région suscitant un énorme intérêt international depuis une vingtaine d'années, l'hypothèse des scientifiques américains a encouragé des chercheurs à étudier son régime hydrologique, la transition d'un environnement lacustre à celui marin, l'influence de l'inondation de la Mer Noire sur le dépôt des sédiments méditerranéens orientaux, ainsi que l'adaptation passée des humains au changement environnemental.

Une inondation bien réelle ?

En dépit du nombre extraordinaire de recherches parfois contradictoires, l'histoire et

l'évolution de cette région ne sont toujours pas clarifiées, et plusieurs sujets restent controversés. La Mer Noire a-t-elle été inondée soudainement ? Dans ce cas, s'agit-il bel et bien de l'inondation qui a donné naissance aux nombreuses légendes telles que celle de l'Arche de Noé ? Et quand a-t-elle effectivement eu lieu ? Pour répondre à ces questions, de nombreuses hypothèses en tous genres ont été proposées. Parmi celles-ci, on distingue trois scénarii fondamentaux, qui placent tous le début de l'élévation du niveau marin de la Mer Noire entre le Pléistocène et l'Holocène (environ entre 17'000 et 7'000 ans), mais qui diffèrent à propos des mécanismes de mise en place. Ils suggèrent respectivement un événement catastrophique, une élévation progressive ou une élévation oscillante du niveau de la mer. Reste par ailleurs la question de savoir si la Méditerranée s'est déversée dans la Mer Noire, ou inversement.

Quand Fribourg analyse la Méditerranée orientale

Au Département de géosciences de l'Université de Fribourg, les recherches en cours se concentrent sur les 30'000 dernières années, ce qui correspond à la période s'étendant de l'aube de la civilisation humaine à nos jours. Cette période comprend les différents témoins de l'évolution des principales populations civilisées (populations du Paléolithique, Egyptiens, Hittites, Grecs etc.). Ces études visent à apporter de nouvelles informations sur la nature des mécanismes qui ont contrôlé les connexions entre la Méditerranée et la Mer Noire, l'âge de l'ouverture des connexions et les interactions environnementales entre la Mer Noire et la Méditerranée orientale. L'approche est multidisciplinaire et comprend l'étude de la macrofaune (principalement mollusques) et des micro-organismes (foraminifères benthiques, ▶

projet

Giordana Gennari est doctorante au Département de géosciences.

giordana.gennari@unifr.ch

Silvia Spezzaferri est maître d'enseignement et de recherche au Département de géosciences.

silvia.spezzaferri@unifr.ch



L'Arche de Noé dans la célèbre peinture de Edward Hicks, 1846.

protozoaires unicellulaires à coquille minéralisée), couplée à des analyses géochimiques, sédimentologiques et des datations au radiocarbone.

Dans ce cadre, cinq carottes de sédiments de la Mer Noire font l'objet d'une étude particulière : ces dernières ont été récupérées juste devant le Bosphore pendant la mission océanographique «R/V Mediterranean Explorer Black Sea Expedition», organisée du 21 juillet au 3 août 2005 par W.B. Ryan, lequel a proposé l'hypothèse de l'inondation de la Mer Noire, et par son collègue Y. Mart de l'Université d'Haïfa. Deux carottes de la Mer Egée, fournies par l'Université d'Athènes, une de la Mer de Marmara, remise par l'Université de Tübingen et une de la dorsale de l'île de Crète, prêtée par l'Université de Milan, seront également analysées dans le but d'obtenir un scénario paléocéanographique plus complet de la Méditerranée orientale et de ses bassins interconnectés.

Prendre en compte les changements climatiques

Le but de la recherche fribourgeoise et de ses collaborations internationales est de fournir un cadre paléoclimatique et paléocéanographique qui permettra de mieux comprendre la réponse humaine aux changements clima-

tiques passés, ainsi que le niveau marin dans la région, généralement considérée comme le «berceau» de la civilisation humaine.

L'étude aura également un impact social plus large. En effet, elle livrera des enregistrements de la dynamique du climat pendant un passé plus récent (30'000 dernières années), lesquels pourront ensuite être utilisés comme indicateurs pour le développement futur de la Mer Noire, prenant en compte les scénarii de changements climatiques globaux à venir.

Actuellement, la Mer Noire représente une zone d'importance stratégique et économique pour six pays côtiers (la Bulgarie, la Roumanie, l'Ukraine, la Russie, la Géorgie et la Turquie), et pour beaucoup d'autres pays qui partagent un bassin de drainage commun équivalent à un tiers du continent européen.

Cette zone constitue également une importante source de nourriture et de matières premières, un passage essentiel pour le transport et le commerce, ainsi qu'une région où il fait bon vivre pour ses habitants. En cas de changements climatiques et d'inondations futures, les pays côtiers concernés subiront des dommages économiques et environnementaux substantiels. Elaborer des scénarii scientifiques s'avère alors primordial pour prévenir certaines catastrophes. ■

Gemmes magiques et vie utérine

Souvent considéré comme un «animal dans l'animal», l'utérus a depuis toujours représenté un espace mystérieux à protéger. Dans l'Antiquité, de nombreuses gemmes au pouvoir magique, révélatrices des connaissances médicales de l'époque, sont dédiées à cet organe reproducteur afin d'assurer la naissance d'un enfant en bonne santé. Un rituel que l'on retrouve également à travers les ex-voto du XVIII^e siècle.

par Véronique Dasen

lecture



Parmi les gemmes magiques produites à l'époque romaine impériale, une série porte une iconographie singulière qui décrit la vie mystérieuse censée animer l'organe féminin par excellence, l'utérus. Longtemps négligées, ces gemmes jettent une lumière nouvelle sur l'imaginaire qui imprègne le vécu des femmes d'autrefois. Leur langage visuel traduit un double souci quotidien : préserver une bonne santé en contrôlant les mouvements d'un organe que l'on croit doué d'une vie propre et mettre au monde un enfant vigoureux en le faisant traverser indemne l'épreuve de la grossesse et de l'accouchement. Ces préoccupations s'inscrivent dans la longue durée. Le thème de l'utérus mobile, aux appétits incontrôlés, traverse toute l'Antiquité et survit dans les traditions populaires au moins jusqu'au XVIII^e siècle.

Comme toutes les pierres magiques, les gemmes utérines sont gravées sur les deux faces. Elles sont généralement exécutées dans un minéral de couleur grise à reflets métalliques, l'hématite. Composée d'oxyde de fer, elle dégage une couleur rouge si on la pulvérise ou la plonge dans de l'eau. Par magie sympathique, cette «pierre de sang» devait gérer les flux sanguins, prévenir ou stopper une hémorragie. D'autres pierres de couleur rouge, comme le jaspé, étaient appréciées pour les mêmes raisons.

La ventouse et la clé

Ces pierres magiques portent gravées des images où se mêlent savoir médical et croyances populaires. Le type le plus répandu montre l'utérus sous la forme d'une ventouse médicale associée à une clé (fig. 1). Cet ensemble se réfère au mécanisme imaginaire de la matrice. Les auteurs médicaux utilisent l'image de la ventouse pour expliquer comment l'organe peut aspirer et retenir le sperme. Une série de traits tracés en direction du bas pourraient figurer les ligaments qui ancrent l'utérus dans l'abdomen. En haut, deux traits horizontaux représentent peut-être les tubes utérins, des annexes qui furent découvertes par Hérophile à Alexandrie vers 300 av. J.-C.; le médecin en déduisit que la femme n'est pas un «mâle mutilé», comme l'affirmait Aristote, mais plutôt l'envers anatomique du corps masculin. L'image de la clé renvoie au souci de contrôler des mouvements d'ouverture et de fermeture. Une matrice mal fermée pourrait laisser échapper la nourriture nécessaire à la croissance de l'enfant, voire causer une fausse-couche. La clé sert aussi à ouvrir l'utérus quand le moment de la délivrance arrive, en écartant tout risque d'hémorragie grâce aux pouvoirs de l'hématite. ▶

Véronique Dasen a travaillé sur les représentations de l'embryon humain et de la vie utérine dans le cadre d'un projet soutenu par le Fonds national suisse de la recherche scientifique (2004-2006). Elle vient de publier les actes du colloque international et interdisciplinaire sur le même thème qui s'est déroulé à l'Université de Fribourg en 2004 (V. Dasen (éd.), *L'embryon humain à travers l'histoire. Images, savoirs et rites. Actes du colloque international de Fribourg, 27-29 octobre 2004*, Gollion, Infolio, 2007, 336 p.)
veronique.dasen@unifr.ch



fig. 1



fig. 2



fig. 3

Un animal dans l'animal

Des gemmes présentent une variante qui se rapporte à la croyance en l'animalité de la matrice, bien attestée dans les textes médicaux et les papyrus magiques. La ventouse devient parfois pieuvre ou poulpe, et les ligaments se transforment en tentacules (fig. 2). Créature marine, le poulpe évoque la nature humide de la matrice, hydratée par différents liquides (sanguin, spermatique...) qu'elle a pour fonction de réguler. Les nombreux tentacules suggèrent sa faculté de se mouvoir à l'intérieur de la cavité abdominale dans toutes les directions. Les maladies hystériques sont censées toucher surtout les vierges et les veuves dont l'utérus n'est pas encore ou n'est plus hydraté par les règles, ni par des relations sexuelles. Stérile, l'utérus peut se mettre à s'agiter dans tous les sens dans le corps, comme s'il était doué d'une vie propre, «un vivant possédé du désir de faire des enfants», dit Platon dans le *Timée*, «un animal dans l'animal», selon l'expression d'Arétée de Cappadoce (I^{er} s. apr. J.-C.). Les médecins hippocratiques vont ainsi recommander aux jeunes filles de se marier au plus tôt : «en effet, si elles deviennent enceintes, elles guérissent» (*Maladies des jeunes filles*).

L'enfant à naître

L'efficacité magique de nombreuses gemmes concerne l'utérus en tant qu'organe reproducteur qui doit assurer la naissance d'un enfant sain et bien formé. La scène est souvent encadrée par le serpent ourobore qui délimite un espace magique clos et protégé, favorisant la formation de l'embryon dans le ventre maternel.

Certaines gemmes mettent en scène le fœtus lui-même, représenté comme un être parfaitement formé, prêt à naître. Sur une cornaline de la collection Bonner, l'enfant divin Horus-Harpocrate est assis sur la ventouse et touche la clé pour montrer qu'il contrôle le moment de sa naissance (fig. 3). Ce geste actif évoque le traité hippocratique *De la nature de l'enfant* qui compare le processus de l'accouchement à l'éclosion d'un poussin.

La Gorgone

Entre les X^e et XII^e siècles, la production d'amulettes utérines reprend en milieu byzantin. Elles continuent de se référer à la notion d'animalité de la matrice, mais avec une iconographie renouvelée. À l'image de la pieuvre aux sept tentacules succède une tête de Gorgone entourée de sept ou huit serpents (fig. 4). Ce visage effrayant renvoie à l'anthropomorphisme de la matrice, si marqué dans le vocabulaire médical, et qui établit une symétrie entre le haut et le bas du corps féminin. Une formule magique compare l'organe à différents animaux. Sa version complète ordonne : «Utérus, noir et noircissant, toi qui rampes comme un serpent et rugis comme un lion, reste tranquille comme un agneau».

Survivances : hérisson et grenouille

Dans l'imaginaire populaire, la notion de l'utérus comme une créature mobile va longtemps persister sous différentes formes. L'univers des ex-voto révèle qu'au motif de la pieuvre et de la Gorgone succédèrent bientôt d'autres métaphores animales. On trouve ainsi dès le XVII^e siècle dans la région des Grisons et du Tyrol du Sud des ex-voto en bois de pin ou en fer en forme de boules hérissées de piquants, appelés *Bärmutter*, *Stachelkugel* (boule hérissée), *Igel* ou *Stacheligel* (hérisson) qui représentent la matrice que les femmes sentent migrer jusqu'au cou. Une de ces boules figure dans le champ d'un tableau votif offert en remerciement à la Vierge (fig. 5).

La grenouille représente une métaphore plus répandue et plus ancienne du sexe féminin. Elle personnifie les mouvements d'un organe qui se déplace, mord et demande à être nourri. En Suisse, vers 1500 déjà, l'animal fut dédié en ex-voto, non seulement par des femmes, mais parfois aussi par des hommes souffrant de maux de ventre ou d'estomac. Des exemplaires portent un visage humain (fig. 6), ultime métamorphose de l'anthropomorphisme de la matrice, témoins modestes mais éloquentes de l'anxiété de femmes qui se sont si longtemps crues soumises aux besoins d'«un animal dans l'animal», et incomplètes si elles ne parvenaient pas à accomplir un destin de mère. ■



fig. 4



fig. 5



fig. 6



Was Manager aus Märchen lernen können

Märchen sind nicht nur für Kinder, sondern auch für Manager und Mitarbeitende lehrreich. Der gestiefelte Kater, Hans im Glück, Aschenputtel sowie Hänsel und Gretel können Führungskräfte inspirieren, eigene Vorstellungen der Führung zu überdenken.

von Prof. Robert J. Zaugg

zu guter letzt



Märchen, Erzählungen, Sagen und Geschichten sind häufig wichtiger Bestandteil einer schönen Kindheitserinnerung. Ob Hänsel und Gretel, der gestiefelte Kater, Hans im Glück, Aschenputtel oder die Bremer Stadtmusikanten – Märchen und deren Heldinnen und Helden waren für uns als Kinder wichtig. Mit dem Heranwachsen rückt ihre Bedeutung in den Hintergrund, später werden sie von Popmusik, Comics, Kino, Ausbildung und Beruf verdrängt. Dennoch: Als Kulturgut, als reiche Quelle von Analogien, Metaphern und Lehren haben Märchen und Erzählungen auch für den erwachsenen Menschen und sogar für Führungskräfte eine grosse Relevanz. Sie dienen u. a. als Burnout-Prophylaxe (Der Hase und der Igel: «Work smarter not harder»), als Führungsprinzip (Der gestiefelte Kater: «Manage your boss»), als Leadershipkompetenz (Aschenputtel: «When the going gets tough, the tough get going») und als Motivationssystem (Hans im Glück: «Luck is what happens when preparation meets opportunity.»).

Erinnern Sie sich noch an das Märchen «Hans im Glück»? Ein junger Mann tauscht ein grosses Stück Gold – den Lohn für sieben Jahre Arbeit – gegen ein Pferd, eine Kuh, ein Schwein, eine Gans und schliesslich gegen einen Stein ein, den er dann im Brunnen verliert. Trotzdem ist Hans glücklich. «So glücklich wie ich», rief er aus, «gibt es keinen Menschen unter der Sonne!» Dieses Märchen der Brüder Grimm zeigt uns, dass es nicht auf die absolute Höhe eines Salärs oder den Bonus ankommt, sondern ganz andere Dinge den Menschen motivieren. Erich Fromm unterscheidet zwischen Haben-Menschen und Sein-Menschen. Hans im Glück ist ein Sein-Mensch, der uns als Vorbild dienen kann.

Die ungeliebte Stieftochter, die sich allen Hindernissen zum Trotz bis zur Braut des Prinzen entwickelt, hat ebenfalls ein hohes Anregungspotenzial. Das Märchen zeigt, dass wir mit einer guten Portion Selbstvertrauen Angriffe von Kollegen

oder sogar Mobbing (Stiefmutter bei Aschenputtel), Assessments (Schuhprobe) und sinnlose Aufgaben (Linsenauslese) überstehen können. Vertrauen ist in dieser Erzählung und im Berufsalltag häufig der Schlüssel zum Erfolg.

Das Märchen «Des Kaisers neue Kleider» von Hans Christian Andersen weist viele Parallelen zu Entscheidungen des Top-Managements oder zu Unternehmensberatern auf. Häufig werden hier Erkenntnisse als der Weisheit letzter Schluss dargestellt. In Tat und Wahrheit handelt es sich um banale, bereits bestens bekannte und teilweise falsche Sachverhalte, die aber nicht hinterfragt werden, weil sie von der Spitze der Hierarchie oder von hoch bezahlten Experten kommen. Wie im Märchen das kleine Mädchen lautstark kund tut «Der hat ja gar nichts an», sollten engagierte Mitarbeitende häufiger Entscheidungen des Managements hinterfragen und neuen Schlagworten der Führungslehre mit Vorsicht begegnen.

Nicht selten kommt es vor, dass Angestellte – wie der gestiefelte Kater – ihre Vorgesetzten von unten nach oben führen müssen, um zum Ziel zu kommen. Mitarbeitende übernehmen unternehmerische Verantwortung, um Schwächen ihrer Vorgesetzten auszugleichen. Der gestiefelte Kater ist autonom, kreativ bis durchtrieben, dynamisch, aber stets loyal. Anstatt auf Führung zu warten, können Mitarbeitende als «Kater» selbst Verantwortung übernehmen.

Spätestens wenn Rotkäppchen als zwar motivierte, aber begrenzt kompetente Routinemitarbeiterin charakterisiert sowie Aschenputtel oder der gestiefelte Kater als Mitunternehmer erkannt werden, zeigt sich der Wert von Märchen als Quelle der Inspiration. Ob nun Hans im Glück als Philosoph, als Schwank, als Versager oder Sein-Sucher, als ausgebeuteter Markttrottel oder als Glücksökonom gelten soll – der Fundus an Analogien und Lehren in Märchen ist nahezu unbegrenzt und lässt sich sehr gut auf den Führungsalltag übertragen.

Robert Zaugg ist Dozent für Personalmanagement und Organisation. Buchtipp: «Der gestiefelte Kater als Unternehmer. Lehren aus Management und Märchen» von Rolf Wunderer, erschienen im Gabler Verlag.



Masterstudium in Luzern

Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
 Rechtswissenschaftliche Fakultät
 Theologische Fakultät

Informationsveranstaltung am 4. April 2008

Universität Luzern
www.unilu.ch



Uni shop



www.unifr.ch/unishop



Avec vous, nous construisons la société de demain

UNIVERSITÉ DE FRIBOURG - AV. DE L'EUROPE 20 - CH-1700 FRIBOURG - WWW.UNIFR.CH

UNIVERSITÄT FREIBURG - AV. DE L'EUROPE 20 - CH-1700 FREIBURG - WWW.UNIFR.CH

Zusammen mit Ihnen bauen wir die Gesellschaft von morgen





Your exceptional talent
drives our success.
It starts with you.

Your ideas make a difference. At UBS, we believe in creating opportunities for every one of our employees to empower them to excel and realize their potential. We know that the best view could be through your eyes. That is why we value diversity and want to create an environment that encourages different perspectives. As a leading financial firm with offices in over 50 countries, UBS can offer the inspiration you need from all corners of the globe. After all, when you're inspired, we all succeed.

It starts with you: www.ubs.com/graduates

www.ubs.com/graduates

You & Us

